1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 45
8. Nov. 85
19. Jahrgang
Preis: 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Ohne Köpfe

Diese Ausgabe des Roten Morgen erscheint auf Beschluß des Sonderparteitags der KPD vom vergangenen Wochenende ohne die Portraits von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Titel, wie es all die Jahre über gewesen ist.

Damit soll dokumentiert werden, daß die Zeit, in der sich unsere Partei auf ein formalisiertes, katechismusartiges Marxismus-Verständnis berief, vorbei ist — wie es sich auch in den anderen Beschlüssen des Sonderparteitags ausdrückt.

Für diejenigen, die die Diskussion und Entwicklung in der KPD mitverfolgt haben, kann dies keine Überraschung sein, so wenig wie die anderen Beschlüsse des Parteitags.

Auch wenn es sich dabei um eine letztlich formale Frage handelt, ist es auch ein Signal, eben für das endgültige Ende der oben beschriebenen Herangehensweise.

Was heißt, daß unsere Partei eintritt für einen lebendigen, aktuellen revolutionären Marxismus. Was keinesfalls heißt, daß unsere Partei von marxistischen Positionen abrückt, im Gegenteil.

Allein schon die Tatsache, daß um die Frage des Titelkopfes des Roten Morgen eine Debatte geführt wurde — vor einiger Zeit — die sich darum drehte, ob dies eine Maßnahme auf dem Weg zur Aufgabe des Marxismus sei, zeigt hinlänglich, daß es dieses formale Politikverständnis durchaus gab, daß es keine Erfindung im Nachhinein ist.

Auf diesem Sonderparteitag wurde noch viel mehr und viel wichtigeres geändert als das Aussehen des RM-Titels. Alle diese Beschlüsse entsprechen der Entwicklung, die die Politik der KPD in den letzten Jahren genommen hat, darunter ist dieser eben nur einer von vielen. Daß wir dies hier so ausdrücklich unterstreichen, soll zeigen, daß es nicht um Heimlichkeit geht, noch um Veränderungen in aller Stille.

Reagan — Gorbatschow

Vor dem Gipfel: Aufwertungsversuche

Die Post, so scheint es, macht ebenso Überstunden wie mancher Kommentator. Reichlich zwei Wochen vor dem Gipfeltreffen des US-Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow werden alle Register gezogen, um öffentlich zu demonstrieren wie wichtig, entscheidend und inhaltsträchtig dieses Treffen sein werde.

Dabei gibt es von den Fakten her wenig, was nicht bereits letzte Woche, oder auch die davor, bekannt gewesen wäre. Welche Obergrenze für die Anzahl der Sprengköpfe denn diesmal vorgeschlagen werde, das war die einzige neue Spekulation, die in dieser Woche konkreter Auftauchte. Aber ob es nun 4500 oder 6000 oder mehr oder weniger sein sollen, falls es denn überhaupt doch noch zu irgendwelchen Abmachungen kommen sollte, ist für die Frage der Sicherung des Friedens uninteressant — und dies nicht nur, weil solche Zahlen immer noch den Overkill darstellen.

Allein schon der neuerliche Streit um „strategische Waffen" zeigt, wie wenig es in Genf um wirkliche Friedenssicherung gehen wird. Strategisch, das sind nach beidseitiger Definition (mit einigen Auseinandersetzungen bezüglich der US-Mittelstreckenraketen) solche Waffen, die das Gebiet der USA und der UdSSR bedrohen — die Bedrohung für andere Länder erscheint da bereits im Ansatz als unwichtiger, eben als nicht strategisch.

Im Vorfeld gibt es dagegen neben amtlicher Hektik auch Störmanöver, wie etwa die Veröffentlichung des Gorbatschow-Briefs an Kohl, eine Maßnahme, die kaum im sowjetischen taktischen Interesse liegen dürfte, während es ja bekannt ist, daß es in Bonn auch früher stets Stellen gab, die Briefe veröffentlichten — aber was da auf der Ebene der Geheimdiplomatie läuft, ist ohnehin wenig Bewegendes. Die Aufwertungsversuche jedenfalls haben bisher keine wesentlichen Erwartungsveränderungen in der Öffentlichkeit erreicht — und so sollte es auch bleiben.



Kohls Teltschik beim obersten SDI-Manager — Zustimmung abgesprochen

Kein Platz mehr unterm Teppich?

Doch: Verfahren wegen Wasserwerfereinsatz

Zahlreiche zum Teil schwer Verletzte gab es bei dem Wasserwerfereinsatz der Polizei bei der Gorleben-Demonstration am 4. September 1982. Jetzt, drei Jahre später, kommt es doch noch zu einem Verfahren. Eine Reihe neuer, ähnlich gearteter Zwischenfälle ließ wohl den Platz unter dem Teppich allmählich zu eng werden.

Denn: Unter den Teppich gekehrt sollte dieser Einsatz ohne Zweifel werden, darauf richteten sich alle Anstrengungen des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff (CDU) und seiner Mannen, einschließlich Staatsanwaltschaft.

Ein Wasserwerfer kann keine Waffe sein, weil er nicht als Waffe gedacht sei — diese heilige Erleuchtung war einst des Ministers Antwort auf die Frage, ob das ganze nicht als Waffeneinsatz zu bewerten sei. Bei einem Wasserdruck von bis zu 15 bar an der Mündung in der Tat ein nur noch zynisch zu nennendes Statement.

Verschiedene Staatsanwaltschaften, sowohl die in Lüneburg als auch in Celle hatten in der Zeit danach massiv dazu beigetragen, daß es zu keinem Verfahren kommen konnte. Erst die Häufung von schweren Verletzungen in den Jahren danach, darunter bleiben Augenverletzungen und die dadurch wachsende öffentliche Empörung haben nun zu einer Verfahrensaufnahme durch das Lüneburger Verwaltungsgericht geführt.

Höhepunkt der zahlreichen Abwiegelungsversuche — neben dem Gedankenblitz des Ministers — war die Argumentation der Bezirksregierung in Lüneburg gewesen, die einfach behauptete, dieser massive Einsatz von Wasserwerfern sei in Wirklichkeit die einzige Alternative zum Gebrauch der Schußwaffen gewesen. Und dies wird behauptet, obwohl es überall deutlich wurde, daß es nur darum ging, daß sich Demonstranten nach Meinung der Polizei nicht schnell genug zurückgezogen hätten. Was nur so gewertet werden kann, daß auch Schüsse von den politisch Verantwortlichen in Niedersachsen gebilligt worden wären.

Wer mag da noch von Zufall reden, wenn die Polizei schießt?

Sonderparteitag der KPD

Programmentwurf, Statut, Resolution zur Partei und Fortsetzung der Vereinigungsverhandlungen mit der GIM beschlossen

Vom 1.—3. November fand in Dortmund der Sonderparteitag der KPD statt. Anwesend waren 100 stimmberechtigte Delegiertinnen und Delegierte. Außerdem als Gäste Genossen von GIM, BWK, Gruppe Arbeiterpolitik, Redaktion der „Aufsätze zur Diskussion", KB, RGO und KJD.

Der Sonderparteitag gab sich folgende Tagesordnung:

1. Programmdebatte
   a) Beschlußfassung über die Anträge zur weiteren Behandlung des bestehenden Parteiprogramms durch den Parteitag
   b) Verabschiedung eines Programmentwurfs
   c) Weiterführung der Programmdiskussion
2. Beschlußfassung über die Resolution des ZK der KPD über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei
3. Vereinigungsverhandlungen mit der GIM
4. Verabschiedung eines Statuts

Zu allen Tagesordnungspunkten gab es auf dem Sonderparteitag eine lebhafte und solidarische Debatte, an der sich sehr viele Delegiertinnen und Delegierte beteiligten. Die vorliegenden Anträge wurden — auch dann, wenn die Antragsteller nicht persönlich anwesend waren — alle behandelt und um viele Anträge fand auch eine gründliche Auseinandersetzung statt.

Der Sonderparteitag stimmte jeweils mit sehr großer Mehrheit dafür, daß alte Parteiprogramm außer Kraft zu setzen, den Programmentwurf und das Statut mit den vorgenommenen Änderungen zu verabschieden. Er beschloß — ebenfalls mit den vorher vorgenommenen Änderungen — die vom ZK vorgelegten Resolutionen über die Rolle und das Selbstverständnis unserer Partei und über die Vereinigungsverhandlungen mit der GIM.

Eine Spendensammlung zum Abschluß des Parteitages erbrachte über 1600 Mark.

Südafrika:

Keine Kunde mehr nach außen?

Zu einem der letzten Hilfsmittel hat die Botha-Regierung in Südafrika gegriffen: Die Nachrichtensperre über die Lage im Land.

Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit, die mit dem Befreiungskampf der schwarzen Bevölkerung solidarisch ist, hatte die Mär vom „reformbereiten Botha", der nur nicht so kann wie er will wegen der Ultras im eigenen Lager (eine Propaganda, die vor allem nach den Zwischenwahlen eine kurze Konjunktur erlebte) ohnehin nie geglaubt.

Allein, was in den Tagen seit diesen Wahlen passierte, die immerwährenden und erfolglosen Versuche des Rassistenregimes, den Widerstand in einem Blutbad zu ersticken, war Beweis genug gegen solche hergeholten Behauptungen.

Was nicht berichtet wird, das gibt es auch nicht — solch eine Logik ist es ungefähr, die zu den von Botha angekündigten Maßnahmen geführt haben, die ja über reine Pressezensur hinausgehen.

Es wird den Botha und Co. nicht gelingen, die Welt zu täuschen — zuviel darüber wie es in diesem Lieblingsstaat auch westdeutscher Konzerne aussieht, ist in den letzten Wochen und Monaten in die Öffentlichkeit geraten.

„Glanzlichter" der Subventionierung

Ein Bericht, verfaßt um zu verzerren

Mitte September legte die Bundesregierung den „10. Subventionsbericht" für die Jahre 83—86 vor, der jetzt der Öffentlichkeit schriftlich vorliegt. Ein großes Thema sicher, das hier nur angerissen werden soll, von dem hier nur einige „Glanzlichter" betrachtet werden sollen.

Das Thema Subventionen ist eines der beliebtesten Propaganda-Schlagworte dieser Regierung und Gegenstand ständiger Debatten im Lager des Kapitals.

Sie wollen alle die Subventionen kürzen. Jedes Mal aufs Neue tritt die CDU (aber auch die FDP) mit dieser Parole als Wahlschlager an, lebhaft unterstützt von Kapitalistenverbänden. Und bisher wurde noch jede Bilanz darüber mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß es noch mehr Subventionen als vorher gab. Zahlreiche Wirtschaftsblätter rechnen der jetzigen Bundesregierung gerade in diesen Tagen hier größere Mißerfolge vor.

Nun ist dies ohnehin aus verschiedenen Gründen ein schwieriges Thema. Was bei der Frage beginnt, was eigentlich eine Subvention ist, im Unterschied zu anderen staatlichen Geldern, die in die Kassen der Unternehmer wandern. Hier kann per Definition ein Subventionsabbau erreicht werden.

Der klassische bürgerliche Kern dieser Debatte ist es, zu fordern, daß Subventionen nicht dazu führen dürfen, daß Unternehmen oder ganze Branchen, die in der kapitalistischen Wirtschaft „am Ende" sind, künstlich, nämlich politisch, am Leben erhalten würden. Der andere Kern ist der, daß die Subventionen für die eigene Kasse von den Konzernen natürlich begrüßt, erwünscht und erzwungen werden, nur für die anderen soll es keine geben.

Ohne Zweifel hat diese Bundesregierung Anstrengungen unternommen, staatliche Gelder an Industriezweige wie Bergbau, Stahl oder Werften durchaus, wenn auch nur allmählich um nicht allzu große Erschütterungen hervorzurufen (insbesondere im Bergbau auf verschiedene Weise eindeutig politisch begründet) zu reduzieren. Auf der anderen Seite ist die Summe, die Unternehmern zur Verfügung gestellt wird, gewachsen.

Einige kleine, relativ willkürlich aus dem Bericht ausgewählte Beispiele.

Unter dem Stichpunkt „Gesamtkonzept zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungspersonal in der Wirtschaft", einem Programm für kleinere Unternehmen (weniger als 500 Beschäftigte) wird berichtet, daß in den fünf Jahren von 79 bis 84 insgesamt 500 Millionen DM für dieses Programm ausgegeben wurden. Mehrere Tausend solcher Betriebe nahmen Hilfen, deren Obergrenze im Einzelfall bei rund 600000 DM liegt, in Anspruch. Das Institut für Systemtechnik und Innovation der Fraunhofer-Gesellschaft aus Karlsruhe hatte den Auftrag, begleitend zu untersuchen, welche Auswirkungen diese Subventionierung denn nun real habe. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind im Subventionsbericht eingearbeitet und lesen sich ganz lapidar, so:

„Die Gutachter ermittelten für das Programm, daß rund 60 Prozent der Zuschüsse für zusätzliche Innovationsaktivitäten genutzt wurden. Die Gutachter haben aber auch festgestellt, daß die Unternehmen zunehmend die FuE-Definition zu ihren Gunsten auslegen und vermehrt dazu übergehen, nur mittelbar mit FuE befaßtes technisches und wissenschaftliches Hilfspersonal dem FuE-Bereich zuzurechnen. Bei der vorgenommenen Änderung der Förderbedingungen wird dieser Befund berücksichtigt."

Was ja nichts anderes heißt, als daß zum ersten rund 40 Prozent der Gelder also etwa 200 Millionen DM blank vergeudet waren, bzw. von den Unternehmern einfach dazu benutzt wurden, ihre Personalkosten aus dem Steuersäckel zu bezahlen — ohne daß irgendeine Konsequenz auch nur überlegt würde. Zum zweiten ist es heute ein Richtwert, daß mindestens ein Drittel solcher begünstigter Betriebe in Wirklichkeit Tochterfirmen großer Konzerne sind, die sich auf diese Weise ihre Pläne bezahlen lassen. Was alles noch nicht zur dritten Frage führt, warum eigentlich privat verfügte Forschungsarbeit staatlich bezahlt werden soll.

Die angesprochenen Konsequenzen sehen denn auch ganz anders aus als angesichts dieser Sachlage zu erwarten wäre. Der entscheidende Unterschied der künftigen Regelung liegt darin, daß nun auch Betriebe mit bis zu 1000 Beschäftigten in den Genuß dieser Zuschüsse kommen können.

Solcherart Beispiele ließen sich noch eine ganze Reihe anführen. Wenn beispielsweise bezüglich der sogenannten Berlin-Hilfe ausdrücklich gesagt wird, hier gäbe es für Darlehen eine außerordentlich hohe Rückzahlquote von fast 10 Prozent, so läßt dies für andere als Darlehen ausgewiesene Beträge nur den Schlußfolgerung zu, daß es sich in Wirklichkeit um Schenkungen handelt.

Insgesamt sind für das kommende Jahr beispielsweise Steuervergünstigungen in der Höhe von 38,4 Milliarden DM eingeplant (0,5 mehr als im laufenden Jahr) davon 17,4 aus der Bundeskasse. Daneben werden nochmals 18,5 Milliarden „sonstige steuerliche Regelungen" als Mindereinnahme ausgewiesen, hiervor 8 Milliarden durch die Bundesregierung. Darunter fällt vieles — beispielsweise aber auch 1,1 Milliarden „Freibetrag für ländisches Betriebsvermögen"...

Wie gesagt: Es handelt sich hier nur um einzelne, recht willkürlich herausgegriffene Glanzlichter — im Sinne besonders deutlicher Politik im Interesse von Unternehmern. Der gesamte Subventionsbericht ist ständig „gegen die Zahlen" geschrieben, will also andere Schlußfolgerungen nahelegen, als es die bloße Betrachtung der aufgeführten Statistiken tun würde.

Entwicklung der Steuervergünstigungen in den Jahren 1983 bis 1986 nach Aufgabenbereichen

Bezeichnung	Steuermindereinnahmen in Mio. DM							
	1983		1984		1985		1986	
	insgesamt	darunter Bund	insgesamt	darunter Bund	insgesamt	darunter Bund	insgesamt	darunter Bund
I. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	887	316	872	309	858	304	848	299
II. Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	13 244	6 119	14 776	6 708	15 740	7 172	15 385	6 983
darunter:								
1. Bergbau	292	124	273	119	281	122	281	122
2. Regionale Strukturmaßnahmen	9 406	4 604	9 580	4 622	10 098	4 868	10 410	5 020
3. Gewerbliche Wirtschaft allgemein	3 546	1 391	4 923	1 967	5 361	2 182	4 694	1 841
III. Verkehr	1 403	880	1 413	849	1 720	871	2 240	896
IV. Wohnungswesen und Städtebau	7 918	2 793	8 893	3 216	9 624	3 532	9 748	3 591
V. Sparförderung und Vermögensbildung	3 080	1 318	3 130	1 331	3 245	1 379	3 105	1 320
VI. Übrige Steuervergünstigungen[1]	6 067	3 787	6 522	4 016	6 781	4 173	7 087	4 337
VII. Summe der Steuervergünstigungen I. bis VI. (Anlage 2 des Subventionsberichtes)	32 599	15 171	35 606	16 429	37 968	17 431	38 413	17 428
Nachrichtlich: Sonstige steuerliche Regelungen (Anlage 3 des Subventionsberichtes)	15 675	7 170	17 397	7 479	18 073	7 817	18 595	8 066

[1] Das sind überwiegend Steuervergünstigungen, die unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen, aber das Wirtschaftsgeschehen in wichtigen Bereichen mittelbar beeinflussen.

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Börner im „Spiegel"

Die zweitbeste Art, SPD-Politik zu machen...

In einem ausführlichen Gespräch im „Spiegel" dieser Woche legt der hessische SPD-Ministerpräsident Holger Börner seine Sicht der Dinge zur sogenannten rot-grünen Koalition in diesem Bundesland dar. Auf ebenso interessante wie eindeutige Weise.

Nicht nur, daß Börner, wie es auch in anderen „Spiegel"-Artikeln in dieser Woche geschieht, sich energisch bemüht, seinen neuen Umweltminister Fischer als einen Mann darzustellen, der sich schon sehr frühzeitig von der „Gewaltanwendung" losgesagt habe — mit einem, wenn auch unzulässigen, historischen Vergleich gesagt, der Friedrich Ebert der BRD.

Er ordnet diese hessische Koalition auch deutlich ein, hält den Grünen einen Spiegel vor. Sie hätten ja für seine Regierungserklärung samt Lob für die Polizei gestimmt. Und auf Bundesebene gehe es schließlich um ganz andere Fragen, da seien die Grünen nicht koalitionsfähig, siehe NATO-Austritt und Neutralität, das sei für die SPD unannehmbar.

Zusammengefaßt wird dies alles in der Aussage, natürlich sei es die beste Methode, SPD-Politik zu machen, wenn seine Partei die Mehrheit im Parlament habe. Was er in Hessen praktiziere, sei eben nur die zweitbeste Möglichkeit...

Deutlich wird dabei, daß Börner gegen die Kampagne der Unternehmerverbände und der CDU/FDP mit Fakten angehen will: Fakten darüber, was seine Landesregierung zugunsten des Kapitals in der Vergangenheit getan hat und in Zukunft tun will, auch mit JF als Minister.

Fast schon höhnisch antwortet Börner auf Abwerbeversuche aus Rheinland-Pfalz, rechnet der dortigen CDU-Landesregierung ihre verschiedenen Schlappen in der Wirtschaftspolitik vor (wie DAL oder Esch) und setzt dagegen hessische „Erfolge" und Voraussetzungen.

Börner, da läßt er wenig Zweifel, ist obenauf, er ist derjenige, der von dieser Koalition profitiert und profitieren wird. Falls Fischer über die Stränge schlagen sollte, so ist zwischen den Zeilen zu lesen, wird er ihn schon im Zaum halten — was zu erwarten ist, falls es dazu kommen sollte. Was kaum zu erwarten ist.

Zeitgemäße Absage

Eine Absage, die nicht zufällig genau zur passenden Zeit kam: Führende Vertreter der Unternehmerverbände, allen voran Otto Wolff von Amerongen, erteilten dem Projekt "Eureka" miserable Noten.

Zur passenden Zeit: Weil in Hannover über „Eureka" konferiert wird, weil die Bundesregierung in ihrer Finanzplanung faktisch bereits eine Absage erteilt hatte, weil das SDI-Projekt beschleunigt auf den Weg gebracht wird.

Nicht etwa, daß es darum ginge, daß „Eureka" im Gegensatz zu SDI ein friedliches Projekt wäre — so einfach sieht die Sachlage nicht aus. Aber es geht doch darum, nach längeren Debatten nun endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Und zwar für SDI.

Der expandierende Daimler-Konzern hat schon erste Aufträge unter Dach und Fach, die Rahmenbedingungen sind offensichtlich ausgehandelt, die Bundesregierung erfüllt die Wünsche — nicht etwa nur der US-Regierung, sondern auch der bundesdeutschen Konzerne.

„Deutschland 1" hat außerdem stimmungsmäßig die Lage für SDI offensichtlich einigermaßen verbessert — dazu sollte es, unter anderem, auch dienen.

Und: Je mehr die Verwirklichung der Reaganschen Pläne näher rückt, desto deutlicher wird der ungeheure militärische Umfang dieses Projektes. Je näher eine öffentliche abschließende Stellungnahme rückt, desto weniger ist die Sprache von „Forschung", an der man sich einfach beteiligen müsse, um den „Anschluß" nicht zu verlieren.

Amerongens Absage ist also wirklich zeitgemäß und zeigt, welch breite Teile des bundesdeutschen Kapitals sich von SDI Profite aller Art erhoffen.

„Deutschland 1" — in gefährlicher Mission

Alle sind sie stolz: Der Kanzler, sein Riesenhuber und die „Bild"-Zeitung wie das Fernsehen. „D 1" über alle Sender tönt die Botschaft: "Wir sind wieder wer".

Eigentlich Grund genug, skeptisch zu sein. Und mehr als das. Jeder, der überhaupt für fortschrittliche Politik eintritt, muß gegen „D 1" sein. Nicht aus Wissenschaftsfeindlichkeit oder ähnlichen Gründen.

Weil: „D 1", die bundesdeutsche Beteiligung am amerikanischen "Space-shuttle"-Projekt, ist das mit Abstand teuerste Projekt dieser Art bisher ein reines Prestigeunternehmen. Die gesamten Kosten für dieses Projekt betragen weit über 1 Milliarde DM, die jetzt überall zitierten 200- bis 300 Millionen sind sozusagen der Preis für die Fahrkarten, da summiert sich vieles an Vorleistungen und künftigen Zusagen hinzu.

Weil: Die vielbeschworenen wissenschaftlichen Erkenntnisse ausgesprochen fragwürdig sind. Von der Reise des ersten bundesdeutschen „Astronauten" Ulf Merbold liegt der Öffentlichkeit bis heute kein einziges Ergebnis vor, die fernsehträchtig übertragenen Versuche, sofern überhaupt sinnig, könnten ebenso in Simulatoren stattfinden.

Damit wird Geld und Ausrichtung von anderen Forschungsgegenständen abgezogen. Damit wird ein Großteil des Etats des Forschungsministeriums anderen Vorhaben entzogen.

Bis hierhin kann dies alles noch unter der „klassischen Raumfahrtkritik" verbucht werden, die stets davon ausging, daß nötige Forschungen auf der Erde zugunsten solcher Prestigeprojekte des Nationalismus zurückgestellt werden — dies trifft auch diesmal zu.

Aber die Kritik an „D 1" geht weiter, muß weitergehen. Unverblümt nutzen die Riesenhuber und Co. diese „D 1"-Fernsehshow als Propagandavehikel für die bundesdeutsche Beteiligung an den amerikanischen SDI-Plänen. Das verlogene Lied der Technik wird da wieder einmal herangezogen, um eine größere Massenbasis für ein solches Projekt zu finden.

Und, noch weiter: Der amerikanische Spionagesatellit, den „D 1" ausgesetzt hat, macht daraus auch noch ganz konkret und aktuell eine militärische Mission.

In diesem Sinne läßt sich sagen, daß „D 1" nicht nur eine teure, sondern auch eine gefährliche Mission darstellt. Es geht dabei beileibe nicht nur um die grundsätzlich schwer zu unterscheidende Charakterisierung gerade eines solchen Projektes als zivil oder militärisch, sondern es geht ganz konkret um die auf doppelte Weise militärische Mission des „D 1"-Flugs.

Programma-Streik in der siebten Woche

Polizeiknüppel gegen Streikposten

Der Streik bei der Firma Programma in Gerstetten auf der Schwäbischen Alb ist in der siebten Woche. Wie im „Roten Morgen" bereits berichtet, ist die Belegschaft in den Streik getreten, um die vertragliche Anerkennung der von der IG Metall abgeschlossenen Tarifverträge zu erzwingen. Durch massive Polizeieinsätze hat sich der Arbeitskampf erheblich zugespitzt. Längst geht es nicht mehr nur um Programma.

Im Kampfanzug gegen Streikposten

Hinter Programma steht die baden-württembergische Landesregierung. Ministerpräsident Späth war es, der verkündet hatte, neue High-Tech-Betriebe müßten auch unter den tariflichen Mindestbedingungen arbeiten können — zumindest für eine Übergangszeit. Nach Angaben von Programma-Chef Röhlich hat das Unternehmen bei seinem Umzug von Dortmund nach Gerstetten runde elf Millionen Mark an Investitionsilfen und Krediten vom Land Baden-Württemberg bzw. der Landeskreditbank erhalten. Mehrere Hundertschaften Polizei in Kampfanzügen, mit Knüppel und Pistole bewaffnet, sollen die Technologieförderung à la Späth offensichtlich exemplarisch gegen eine Belegschaft durchsetzen, die nichts anderes fordert als die Einhaltung der tariflichen Mindestbestimmungen.

Vorübergehend schien eine Einigung möglich. Der Heidenheimer Landrat Würz hatte ein Schlichtungspapier vorgelegt, dem die IGM wohl in seiner materiellen Substanz zugestimmt hätte. Es sah unter anderem die Einführung der 38,5-Stunden-Woche im nächsten Jahr, 30 Tage Urlaub ab 1986, die Einführung von Stammlohngruppen, 16 Prozent Leistungszulage im gewerblichen Bereich und 10 Prozent im Angestelltenbereich vor. Außerdem sah das Papier die Aufhebung der ausgesprochenen Hausverbote, den Wegfall aller Schadensersatzansprüche, die Zurücknahme aller Anzeigen vor.

Aber die Firmenleitung lehnte die Zurücknahme der fristlosen Kündigung aller sieben Betriebsratsmitglieder ab. Der Heidenheimer IGM-Bevollmächtigte Karl Maier: „Wir lassen unsere Funktionäre nicht als Opfer dieser Auseinandersetzung zurück."

Ohne die massive Unterstützung durch die Polizei und den Verband der Metallindustrie hätte die Belegschaft in dem Streik wahrscheinlich schon gesiegt. Wie die streikenden Kolleginnen und Kollegen berichten, sind die wirtschaftichen Auswirkungen des Streiks erheblich. Von den Radios, die die Streikbrecher ausliefern, sollen nur ca. 4 Prozent voll funktionsfähig sein. Der Rest wird wieder zurückgeschickt. Die sogenannten Arbeitswilligen packen die Radios vor allem aus und ein. Das stärkt unter den Kollegen die Vermutung, daß Programma, obwohl nicht im Unternehmerverband organisiert, massiv von diesem unterstützt wird — offenkundig wegen der exemplarischen Bedeutung der Auseinandersetzung.

Nachdem Programma-Chef Röhlich sich geweigert hat, die Kündung gegen die Betriebsräte zurückzunehmen, hat die IGM verstärkt zur Unterstützung des Streiks mobilisiert. Jeden Tag kommen Delegierte aus anderen Verwaltungsstellen, um die Programma-Streikposten zu unterstützen. Jeden Tagen versucht Röhlich, mit einer Gruppe von Streikbrechern im Bus auf das Werksgelände zu fahren. Per Gerichtsbeschluß sind die Streikposten gehalten, eine drei Meter breite Gasse für die Streikbrecher freizuhalten.

Derartige Urteile sind ja nicht neu. Die Polizeieinsätze in Gerstetten aber haben zum Ziel, zu verhindern, daß die Streikbrecher durch eine von den Streikposten gebildete Gasse auf das Firmengelände laufen müssen. Sie wollen eine schnurgerade Gasse erzwingen, die es ermöglicht, daß die Streikbrecher auf das Werk fahren können. Ein Genosse berichtet, wie sich das am 30. 10. abgespielt hat:

„Die IGM-Bezirksleitung und der DGB hatten zur verstärkten Unterstützung der Programma-Kollegen aufgerufen. Über 120 Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungsstelle Heilbronn/Neckarsulm sind am 30. 10. diesem Aufruf gefolgt.

Bei eisiger Kälte sind wir in Gerstetten angekommen. Dort wurden wir und 50 Kollegen aus Bruchsal von den Streikenden begrüßt. Resolutionen und Geldspenden wurden vorgelesen bzw. übergeben. Bis zum 30. 10. waren es über 80 Resolutionen und 35 000 DM, die bei den Streikenden angekommen sind.

So gegen 8.00 Uhr kam der Bus mit den sogenannten Arbeitswilligen. In Wellenlinie wurde eine vorgezeichnete Gasse von etwas über drei Metern gebildet, die den Bus daran hinderte, ungehindert durchzufahren. Weiter als 5 Meter kam der Bus nicht in die Gasse hinein. (Einige von uns hatten schon ‚Blockadeerfahrung' von der Waldheide). Mit allen Mitteln versuchte Einsatzleiter Seifert, die Gasse für den Bus freizumachen. Diese mußte aber immer wieder zurück. Das ganze Spiel wiederholte sich sieben Mal. Die Gasse wurde des öfteren von der Polizei nachgemessen. Alles wurde auf Film und Fotos festgehalten.

In der Zwischenzeit war es 11.00 Uhr geworden. Ein Polizeiaufgebot von ca. 80 Mann rückte an. Wahrscheinlich, um uns einzuschüchtern und zum Nachgeben zu bewegen, denn eingesetzt wurden sie nicht. Das Aufgebot erschien dem Einsatzleiter wohl zu schwach und mehr hatte er wahrscheinlich nicht zur Verfügung, denn in Stuttgart war am gleichen Tag eine Demo gegen eine öffentliche Rekrutenvereinigung.

So waren die Streikbrecher dann doch gezwungen, nachdem auch der Bürgermeister dem Programma-Boß zugeredet hatte, durch die Gasse zu laufen. Der Boß bekam eine Polizeieskorte. Kurz vorher hatte er noch verlauten lassen, er könne es seinen Leuten nicht zumuten, bei der Zusammensetzung der Streikposten durch die Gasse zu laufen. Jetzt war ihm das offensichtlich egal, Hauptsache er wurde geschützt. Viele der Streikbrecher waren Ausländerinnen. Mit Tränen in den Augen liefen viele von ihnen ‚frei' und ‚willig' zur Arbeit."

An anderen Tagen ist es auch zu brutalen Polizeieinsätzen gekommen. Streikposten wurden festgenommen, Kollegen wurden verletzt.

Der IGM-Bevollmächtigte Karl Maier hat bereits zwei Morddrohungen erhalten. Die letzte lautete: „Maier, der Schuß ist im Lauf. Das war die allerletzte Warnung. KM (Karl Maier) muß sterben."



Programma-Chef Röhlich an den Verhandlungstisch!



Die Gasse wird nachgemessen

Geschlechtsneutrale Stellenausschreibungen

„Unkalkulierbares Abenteuer"

Im sog. Gleichstellungsparagraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches § 611 b heißt es seit einiger Zeit: „Der Arbeitgeber soll einen Arbeitsplatz weder öffentlich noch innerhalb des Betriebes nur für Männer oder nur für Frauen ausschreiben..." Es heißt dort „soll" und nicht „darf", weil die Unternehmer das damals so wollten. Warum, ist klar: weil sie durch diese Soll-Bestimmung eben weiterhin die Möglichkeit haben, Stellen nur für Männer auszuschreiben.

Eine Gruppe von Planerinnen aus Hessen hat sich jetzt mit einem Brief bei ca. 50 Firmen und Verbänden über ihre frauenfeindlichen Stellenausschreibungen beschwert. Einige der Adressaten antworteten — mit haarsträubenden „Argumenten". Zum Beispiel:

„Wenn die Einstellung von Frauen zu einem unkalkulierbaren Abenteuer gemacht wird, dürfen Sie sich über die Folgen nicht wundern."

„Daß vielleicht für Dauerstellungen weniger Frauen in Frage kommen, liegt mit an der besonderen Stellung der Frau, die eben trotz geltender Rechte immer noch dem Manne nachfolgt und einen Unsicherheitsfaktor für jeden kleineren und mittleren Betrieb darstellt."

„Ich persönlich messe dem Geschlecht in diesem Zusammenhang keine Bedeutung bei... Mit Erstaunen sehe ich, daß Sie anderer Meinung zu sein scheinen."

„Wir wollten lediglich aus gestalterischen Gründen die ‚Schlagzeile' nicht mit Klammerzusätzen oder dergleichen versehen."

Illegale Leiharbeit

Nicht nur bei Thyssen, auch bei Hoesch?!

In der letzten Woche erschien die „Stählerne Faust", die Betriebszeitung der KPD für die Hoesch-Betriebe mit einem Artikel, der Günter Wallraffs Enthüllungen über die Leiharbeit zum Thema hat. Wir veröffentlichen im Folgenden diesen Artikel.

Für den höchstmöglichen Profit tun sie alles —, die Herren in den Chefetagen der Konzerne. Dies wies Günter Wallraff in seinem neuen Buch „Ganz unten" nach. Besonders auf Kosten der ausländischen Kolleginnen und Kollegen werden da mit Not und Elend, dem Zwang, auf jeden Fall eine Arbeit annehmen zu müssen, egal zu welchen Bedingungen, dicke Geschäfte gemacht.

Wie das läuft, zeigt Wallraff am Beispiel der Firmen Remmert und Thyssen. Da schreibt er z.B.:

„3 Uhr früh aufstehen, um 5 Uhr auf dem Stellplatz der Firma Remmert, Autobahnabfahrt Oberhausen-Buschhausen, zu sein. Remmert ist ein expandierendes Unternehmen. Auf zeitgemäßem grünen Firmenschild steht „Dienstleistungen". Remmert beseitigt Schmutz in jedweder Form. Fein- und Grobstaub, Giftschlamm und -müll, stinkende und faulende Öle, Fette und Filterreinigung bei Thyssen, Mannesmann, MAN und sonst wo immer. Allein der Wagenpark der Firma Remmert ist an die 7 Millionen DM wert. In die Firma Remmert integriert ist wiederum die Firma Adler: wie die Puppe in der Puppe. Adler verkauft uns an Remmert, und Remmert vermietet uns weiter an Thyssen. Den Hauptbatzen, den Thyssen zahlt — je nach Auftrag und Staub-, Schmutz- oder Gefahrenzulage zwischen 35 und 80 DM pro Stunde und Mann — teilen sich die Geschäftspartner. Ein Almosen von fünf bis zehn Mark wird von Adler an den Malocher ausgezahlt.

Die Remmert- beziehungsweise Adler-Arbeiter werden bei Thyssen häufig auch fest in der Produktion eingesetzt. Dann arbeiten — in der Kokerei zum Beispiel — Remmert- oder Adler-Arbeiter zusammen mit oder neben Thyssen-Arbeitern."

Doch wie zu hören ist, läuft auf Wallraffs Buch hin nicht nur gegen Thyssen ein Ermittlungsverfahren, sondern mittlerweile wurde Krupp ebenfalls von den zuständigen Behörden (die auf diesem Gebiet bis zum Wallraff-Buch nicht gerade durch besonderen Eifer bei ihrer Ermittlungsarbeit auffielen) „besucht", wurde Material über diese Verträge beschlagnahmt.

Vor wenigen Monaten mußte sich auch Mannesmann nach verlorenen Gerichtsverfahren bereit erklären, eine ganze Reihe von Leiharbeitern, die sie über Sklavenhändler für sich arbeiten ließen, fest einzustellen, Lohn nachzuzahlen usw.

Und Hoesch? Wie man hört, arbeitet die Firma Remmert ja auch bei Hoesch —, so im Bereich Hochofen Phoenix —. Ob da alles mit sauberen Dingen zugeht?

Das sollte den unbefangenen Stahlarbeiter eigentlich wundern: Schließlich sitzt mit Herrn Consemüller von der Hoesch Stahl AG der Vorsitzende der Verhandlungskommission der Unternehmer im Hoesch-Vorstand. Und diese Herren vom Unternehmerverband Stahl und Eisen haben ja vor, gegen uns, gegen die IGM eine massive Verschlechterung des Manteltarifvertages durchzusetzen —, z.B. Einschränkung der Verdienstsicherung für über 50jährige, und viele andere „Hämmer" mehr!

Wichtige Termine

35-Stunden-Info-Konferenz

Am Samstag, dem 9. November, findet in Nürnberg (Kulturhaus Süd, Rothenburger Str. 106) die Konferenz des Info 35 statt.

Krankenhaus-Konferenz

Die bereits mehrfach angekündigte Krankenhauskonferenz, die von unserer Partei, dem BWK, der GIM und anderen Organisationen des „Beilagenkreises" unterstützt wird, findet nun am 7.12. in Köln (Jugendgästehaus, An der Schanz) statt. Beginn ist 11.00 Uhr.

Die Diskussion auf dem Sonderparteitag

Programmdiskussion

Dem Parteitag lag der Antrag des Zentralkomitees vor, das Parteiprogramm von 1977 aufzuheben. Dazu gab es zwei Gegenanträge. Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen unterstützte zwar diesen Antrag, erklärten aber auch, daß ihrer Ansicht nach die Kritik des alten Parteiprogramms — vor allem die öffentliche Kritik — unzureichend sei. Hier stieß die Meinung des Genossen StS aus Dortmund auf Zustimmung, der in der Begründung zu seinem — mit Annahme des ZK-Antrags abgelehnten Antrag 11 — geschrieben hatte: „Es ist eine alte, aber sehr schlechte Tradition in der Partei, daß wenn neue Positionen bezogen werden, die alten nicht gründlich kritisiert werden."

Der Parteitag beschloß darum mehrheitlich, das Zentralkomitee zu beauftragen, in Artikeln im „Roten Morgen" zum alten Parteiprogramm Stellung zu nehmen.

Ein Antrag, auch über **die Begründung** des ZK-Antrages abzustimmen, fand dagegen keine Mehrheit.

Der Antrag auf Aufhebung des Parteiprogramms wurde mit zwei Gegenstimmen angenommen.

Anschließend wurde der Programmentwurf des Zentralkomitees diskutiert. Alle Änderungsanträge zum Programmentwurf wurden behandelt. Die einzelnen Abstimmungen sind dem Protokoll auf S. 5 zu entnehmen. Bei den Anträgen 63, 64 und 65 entschied der Parteitag auf Nichtbefassung, weil sie keine abstimmungsfähigen Alternativen enthielten.

Eine längere Debatte entwickelte sich anhand des Alternativentwurfs zur Einleitung des Programms, der von dem Genossen R. S. aus Bochum beantragt worden war. In einer Reihe von Diskussionsbeiträgen wurde begrüßt, daß der Alternativentwurf die Frage der neuen Technologien und der Möglichkeiten, die sich für eine sozialistische Gesellschaft daraus ergeben, anspricht. Es war wohl einhellige Meinung aller Delegiertinnen und Delegierten, daß hier eine wesentliche Lücke des ZK-Entwurfs liegt, die in der weiteren Programmdiskussion gefüllt werden muß. Einige Delegiertinnen und Delegierte meinten auch, daß die Kritik, der ZK-Entwurf drücke ein zu eingeschränktes Politikverständnis aus, zutreffend sei.

Die große Mehrheit des Parteitages aber teilte das Politikverständnis des Alternativentwurfs und seine Beurteilung der revisionistischen Länder bzw. der „planwirtschaftlichen Staaten" wie es der Alternativentwurf formuliert, nicht. Für den Alternativentwurf stimmten bei 16 Stimmenthaltungen 14 Genossinnen und Genossen.

Eine lange Debatte gab es um die Anträge, die eine Änderung der Ausführungen des Programmentwurfs zu den revisionistischen Ländern verlangten, insbesondere die Anträge 13, 15 und 16 standen im Zentrum der Diskussion.

Antrag 13 wollte im Hinblick auf die revisionistischen Länder u.a. Charakterisierungen wie Lohnarbeit, Profit, herrschende Klasse streichen. Er wurde bei 25 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wurde ein Initiativantrag von einem Genossen aus Baden-Württemberg, in der Einleitung des Programmentwurfs in der Passage, die die Lage der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern beschreibt, die Formulierungen „wie bei uns in Westdeutschland und Westberlin" und „wie bei uns" zu streichen.

Antrag 15 richtete sich gegen die Formulierung des Programmentwurfs, daß die revisionistischen Länder „auch in der Frage des Kampfes um die Vorherrschaft in der Welt (...) keinen Weg eingeschlagen haben, der sich grundsätzlich von dem der westlichen imperialistischen Länder unterscheidet." Dieser Antrag wurde bei 30 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 26 forderte, daß die Kriegsgefahr nicht aus der Konfrontation der beiden Militärblökke, sondern als Resultat der Aggressivität der NATO dargestellt werden soll. Der Antrag wurde bei 37 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag aus Hamburg, der eine differenziertere Beurteilung von NATO und Warschauer Pakt fordert.

Angenommen wurden mehrere Anträge zur Frage der besonderen Unterdrückung der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft und zu den Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung der Frau: „Denn Macht und Freiheit der Arbeiterklasse im Sozialismus beinhalten den Auftrag, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen anzuerkennen und die Frauen in ihrem Kampf, die gesellschaftliche Vorherrschaft des Mannes abzuschaffen, aktiv zu unterstützen. Das beinhaltet ein Infragestellen der Familie — der „Keimzelle" der alten Gesellschaftsordnung —, die die Stellung der Frauen und Kinder als unselbständige Wesen manifestiert. Es erfordert eine Sozialisierung der von den Frauen bisher unentgeltlich geleisteten Arbeit im Bereich der Reproduktion, d.h. nicht nur weitestgehende Vergesellschaftung der Hausarbeit, sondern vor allem auch eine andere, ökonomisch unabhängige Stellung der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der neuen Gesellschaft." (angenommener Antrag 49)

Übereinstimmung herrschte bei den Delegiertinnen und Delegierten, daß der Programmentwurf Ausführungen zur Jugend machen müsse. Die entsprechenden Anträge der Jugendabteilung des ZK wurde angenommen. In der Diskussion wurde deutlich, daß die diesen Anträgen zugrundeliegende Auffassung der Jugendfrage in der Partei noch diskutiert werden muß. Besorgnisse wurden geäußert, die Jugendfrage werde unter Umständen zu „klassenneutral" betrachtet.

Eine längere Diskussion gab es auch um den Antrag 66 des Genossen W. aus Bochum. Viele Diskussionsbeiträge begründeten, daß viele Gedanken des Antrags positiv seien. Als sozusagen Leitlinie zur Fortführung der Programmdiskussion aber wurde der Antrag 66 abgelehnt.

Der Programmentwurf wurde mit einer Gegenstimme bei 7 Enthaltungen verabschiedet. Mit den vom Sonderparteitag beschlossenen Abänderungen und Ergänzungen stellt er nun die Grundlage für die weitere Diskussion dar.

Vereinigungsverhandlungen mit der GIM

Zu Beginn der Diskussion sprach einer der drei anwesenden Genossen der GIM. In der weiteren Debatte sprachen sich die meisten grundsätzlich für die Fortsetzung der Vereinigungsverhandlungen mit der GIM aus. Dabei wurde aber auch verschiedentlich betont, daß viele Genossinnen und Genossen erst damit beginnen, sich mit den politischen Auffassungen der GIM auseinanderzusetzen und die Partei dieser Diskussion in der nächsten Zeit deshalb relativ viel Raum geben muß. Mehrere Diskussionsbeiträge setzten sich mit den Auffassungen der GIM über die IV. Internationale und die internationale Rolle der Sowjetunion auseinander sowie mit der Auffassung einer Strömung innerhalb der GIM, die die organisierte Tätigkeit revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten innerhalb des ökosozialistischen Flügels der Grünen für notwendig hält.

In der konkreten Debatte über den Resolutionsvorschlag des ZK wurde mit großer Mehrheit beschlossen, in die Resolution aufzunehmen, daß über eine Vereinigung mit der GIM auf der Grundlage von Programm, Statut und Resolution zur Partei eine Urabstimmung durchzuführen ist. Außerdem wurde darüber diskutiert, wie der Ablauf des vom Sonderparteitag angestrebten Vereinigungsprozesses von jetzt an bis zu einem möglichen Vereinigungsparteitag praktisch aussehen soll. Der Sonderparteitag einigte sich darauf, daß über diese Fragen der V. ordentliche Parteitag Anfang nächsten Jahres beschließen soll.

Bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen wurde die Resolution des ZK vom Sonderparteitag angenommen.

Diskussion zur Parteiresolution

Die Diskussion über die Resolution über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei drehte sich vor allem um vier Fragen:

1. Ist die Konzentration der Resolution auf die Arbeiterbewegung richtig? Diese Frage wurde vom Parteitag bejaht.

2. Gehört es zum Selbstverständnis der KPD, daß sie sich als **politische Partei** begreift oder ist dieser Anspruch angesichts der geringen Mitgliederzahl übertrieben? Der Parteitag vertrat die Auffassung, daß der Resolutionsentwurf auch in dieser Frage das Selbstverständnis unserer Partei richtig wiedergibt.

3. Ist die im Resolutionsentwurf enthaltene Selbstkritik unserer früheren Parteivorstellungen ausreichend? Der Parteitag entschied mit Mehrheit, daß dies der Fall ist.

4. Soll die Resolution auch Ausführungen über die innere Organisation der Partei machen? Der Parteitag beschloß die Resolution um folgende Formulierung aus dem Antrag 70 des Genossen Puki aus Bochum zu ergänzen: „Wir gehen davon aus, daß in einer revolutionären Massenpartei die politische Kultur der angestrebten Gesellschaft erkennbar sein muß. Darin wird heutzutage ein Teil der Faszination und Ausstrahlung einer solchen Partei und ihrer Ziele bestehen."

Die einzelnen Abstimmungen sind dem Protokoll auf Seite 5 zu entnehmen.

Die Resolution insgesamt wurde bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.

Statut-Diskussion

Der Parteitag diskutierte zunächst darüber, ob dem Statut eine Präambel vorangestellt werden soll, wie es u.a. Stuttgarter Genossen vorgeschlagen hatten. Viele Genossinnen und Genossen hatten sich vor dem Parteitag für eine solche Präambel ausgesprochen, weil sie irgendwo die Rolle und das Selbstverständnis der Partei festgeschrieben haben wollten. Diesen Zweck sahen die meisten aber jetzt durch die zuvor beschlossene Resolution zur Partei erfüllt. Deshalb stimmte die Mehrheit dagegen, dem Statut eine Präambel voranzustellen, aber dafür, das Statut zusammen mit der Resolution über Rolle und Selbstverständnis der Partei zu veröffentlichen.

Anschließend diskutierte der Parteitag über den Vorschlag, den Einzelbestimmungen des Statuts Organisationsprinzipien voranzustellen. Die Abstimmungsergebnisse über die verschiedenen Abänderungsanträge dazu sind im Protokoll auf S. 5 im einzelnen nachzulesen. Die Hauptdiskussion auf dem Parteitag betraf die Frage, wie die Partei richtig mit Minderheitsströmungen umgehen soll. Hier wurden vor allem Bedenken dagegen geäußert, daß der ZK-Antrag dafür plädiert, daß Minderheitsströmungen unter bestimmten Voraussetzungen auch in den Leitungen vertreten sein sollen und eine ihren Überzeugungen entsprechende Praxis entwikkeln können. Die Parteitagsmehrheit entschied sich in dieser Frage für den ZK-Antrag.

Diskutiert wurde weiter über einen Antrag, den Begriff „Leitungen" durch den Begriff „Parteiorgane" zu ersetzen. Dieser Antrag wie auch ein Antrag, das Recht auf imperatives Mandat festzuschreiben, fand keine Mehrheit. Stattdessen wurden drei andere Abänderungsanträge angenommen, die die Leitungen stärker auf die Basis verpflichten wollen. Mit diesen Änderungen wurden die vorgeschlagenen Organisationsprinzipien angenommen.

Bei den verschiedenen Anträgen, die die Mitgliedschaft in der Partei betreffen, wurde auch über die Anträge zur Quotierung entschieden. Sie wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Einig waren sich alle Delegiertinnen und Delegierten darin, daß Parteitage in Zukunft jährlich stattfinden sollen und daß es keinen Vorsitzenden mehr geben soll. Debattiert wurde darüber, wo die Delegierten für den Parteitag gewählt werden sollen — in den Orten oder auf Landesmitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen. Die Mehrheit stimmte für Letzteres. Große Einigkeit bestand auch darin, die Kontrollkommissionen, wie sie bisher in der Partei bestanden, durch Schiedskommissionen, wie im Statutenwurf des ZK beschrieben, zu ersetzen.

Eine längere Debatte gab es um die Frage, nach welchen Kriterien Grundeinheiten der Partei gebildet werden sollen. Das ZK hatte beantragt, Grundeinheiten nach dem Betriebs- und Gebietsprinzip zu bilden und zusätzlich, nach Bedarf, Arbeitsgruppen einzurichten. Die Mehrheit des Parteitages entschied sich dafür, daß die Grundeinheiten vor Ort entsprechend den politischen Aufgaben und örtlichen Gegebenheiten eingerichtet werden, wobei die Einrichtung von Betriebszellen Vorrang hat.

Es wurden außer diesen Fragen natürlich noch zahlreiche Einzelfragen behandelt. Die Abstimmungsergebnisse darüber sind dem Protokoll auf S. 5 zu entnehmen.

Die Beschlüsse des Sonderparteitags

Der RM hat alle wesentlichen Materialien zur Vorbereitung des Sonderparteitags veröffentlicht. Deshalb wollen wir unsere Leserinnen und Leser auch darüber informieren, welche Beschlüsse der Sonderparteitag zu diesen Materialien gefaßt hat. Das geht allerdings aus Platzgründen nur in sehr knapper — und zugegebenermaßen ziemlich abschreckender — Form. Zum Verständnis: A steht für Antrag. Der Abstimmungsmodus des Sonderparteitags war so, daß Anträge nur angenommen waren, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten mit „ja" stimmte. Die Stimmen wurden nicht immer ausgezählt, deshalb steht im folgenden teilweise nur „Mehrheit ja" oder „Mehrheit nein". Bei den Abstimmungen zum Statutentwurf hat der Protokollant immer nur festgehalten, ob ein Antrag abgelehnt oder angenommen wurde. Noch ein letzter Hinweis: die Anträge, auf die sich diese Beschlüsse beziehen, waren im RM-Nr. 41 und 43 abgedruckt. Das Protokoll folgt nicht der Reihenfolge, in der die Anträge dort abgedruckt waren, sondern der Reihenfolge ihrer Behandlung auf dem Sonderparteitag.

Programmdebatte

a) Behandlung des geltenden Programms — A 3, 9, 10, 11

Abstimmung über A 9: 2 nein, 0 Enth., Mehrheit ja. damit erledigen sich die Anträge 3, 10, 11.
Zusatzantrag: die Begründung des A 9 soll als Antrag behandelt werden. 30 ja, keine Enth., Mehrheit nein
Zusatzantrag: das ZK wird beauftragt, Artikel zum alten Programm im RM zu veröffentlichen. 49 ja, 37 nein, 4 Enth.

b) Debatte über Programmentwurf

Abstimmung A 12: 0 ja, 10 Enth., Mehrheit nein
Zusatzantrag: die ersten Absätze von A 12 sollen gesondert behandelt und angenommen werden. Abstimmung: 19 ja, Mehrheit nein, 7 Enth.
Zusatzantrag: A 12 soll als Material ans ZK gehen. Abstimmung: 32 ja, 47 nein, 4 Enth.
A 13: 27 ja, 57 nein, 7 Enth.
A 14: 10 ja, Mht nein, 1 Enth.
Änderungsantrag zu A 14: die Adjektive „wesentlich", „weitgehend" usw. sind zu streichen und der Antrag in dieser geänderten Form anzunehmen: 26 ja, Mehrheit nein, 1 Enth.
Änderungsantrag zum Text des Programmentwurfs: im Abs. 9, S. 1 sind die Worte „wie bei uns in Westdeutschland und Westberlin" und „wie bei uns" zu streichen. Abstimmung: Mehrheit ja, 3 nein, 4 Enth.
A 16: 20 ja, Mehrheit nein
A 17: 0 ja, Mehrheit nein, 3 Enth.
A 18: 7 ja, Mehrheit nein, 1 Enth.
A 19: 18 ja, Mehrheit nein, 1 Enth.
A 20: Mehrheit ja, 4 nein, 0 Enth.
A 21: Mehrheit ja
A 22: 37 ja, abgelehnt
A 23: Mehrheit ja, 0 nein, 3 Enth.
A 24: Mehrheit ja, 0 nein, 4 Enth.
A 25: Mehrheit ja, 0 nein, 4 Ent.
A 65 — der Begriff „dritte Welt" soll gestrichen werden. Mehrheit dagegen.
A 15: 30 ja, Mehrheit nein, 10 Enth.
A 26: 37 ja, 52 nein, 8 Enth.
A 142: Mehrheit ja, 3 nein, 1 Enth.
A 27: Mehrheit nein
A 28: 42 ja, 48 nein, 9 Enth.
Antrag: Keine weitere Befassung mit A Nr. 65: Mehrheit ja, 2 nein, 6 Enth.
A 29: Mehrheit ja, 2 nein, 0 Enth.
A 30: Mehrheit ja, 0 nein, 1 Enth.
A 31: 34 ja — damit abgelehnt
A 34: 38 ja, Mehrheit nein
A 32: Mehrheit nein
A 33: Mehrheit nein
A 35: Mehrheit nein
A 36: Mehrheit nein
A 37: Mehrheit nein
A 39: Mehrheit ja, deshalb Nichtbefassung mit A Nr. 38
A 40: Mehrheit nein
A 41: Mehrheit Enth., damit abgelehnt
A 42: 53 ja, damit angenommen
A 43: Mehrheit nein bzw. Enth., damit abgelehnt
A 44: 1 ja, Mehrheit nein
A 45: 10 ja, Mehrheit nein
A 46: Mehrheit nein
A 45a: Mehrheit nein
A 45a Mehrheit nein
A 48: Mehrheit nein
A 49: Mehrheit ja, 4 Enth.
A 50: Mehrheit nein
A 51: Mehrheit nein
A 52: Mehrheit nein
A 53: Mehrheit ja
A 64: Nichtbefassung
A 54: Mehrheit nein
A 63: Nichtbefassung
A 55: Mehrheit nein
A 58: Mehrheit nein
A 59: Mehrheit nein, 6 Enth.
A 66 wird vor der Beschlußfassung über den Programmentwurf behandelt, weil er eine ganz andere Gliederung dafür vorschlägt. Abstimmung über A 66: Mehrheit nein
Zusatzantrag: Der Text des Antrags 66 von „Es ist schon verrückt ... bis ... noch einiges mehr verwirklichen" soll der jetzigen Einleitung des Programmentwurfs vorangestellt werden. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abstimmung über den Programmentwurf: Mehrheit ja, 1 nein, 7 Enth.

c) Weiterführung der Programmdebatte:

A 67: alle ja
A 68: 0 ja, Mehrheit nein, Begründung: kräftemäßig nicht zu schaffen, da schon die jetzt bestehende AG DDR zu schwach besetzt ist.
A 69: Mehrheit nein, Begründung: in der vorgeschlagenen Form nicht zu schaffen.

Debatte über die ZK-Resolution zur Partei

Abänderungsantrag: Die Resolution soll ergänzt werden um den letzten Absatz aus A 70. Abstimmung: Mehrheit ja.
Abänderungsantrag: Die Resolution soll ergänzt werden um den Punkt 2 aus A 70. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abstimmung: soll die Resolution sich so, wie vom ZK vorgeschlagen, auf die Arbeiterklasse konzentrieren? Mehrheit dafür.
Abstimmung: Soll die Resolution da, wo sie die KPD als politische Partei definiert, geändert werden? Mehrheit dagegen.
Abstimmung: soll die Selbstkritik der Partei ausführlicher sein? Mehrheit dagegen.
Abstimmung: soll es in der Resolution anstelle von „realsozialistisch" „revisionistisch" heißen bzw. statt in den Ländern des „realen Sozialismus" in „diesen" Ländern? Mehrheit dafür.
Abstimmung: soll es im 1. Absatz der Resolution anstelle „die Schaffung **einer** revolutionären Partei" heißen „die Schaffung **der** revolutionären Partei"? Mehrheit dagegen.
Abstimmung: Formulierungsänderung im 2. Satz S. 20 oben (blind) — Abstimmung wurde vergessen
Abstimmung: in Punkt 4 auf S. 19, in der 13. Zeile dieses Absatzes soll es heißen **„Falsches** Verständnis". Mehrheit dagegen.
Abstimmung über die Resolution mit den vorgenommenen Änderungen: Mehrheit ja, 1 nein, 2 Enth.

Vereinigungsverhandlungen mit der GIM

A 134, 135, 136, 137
Diskussionsgrundlage 137
Abänderungsantrag: Über die Vereinigung auf der Grundlage der drei genannten Dokumente wird in der Partei eine Urabstimmung durchgeführt. Mehrheit ja.
Abänderungsantrag: Den Genossinnen und Genossen der GIM soll nicht die Möglichkeit gegeben werden, **organisiert** für ihre Auffassung von Anschluß an die IV. Internationale einzutreten. Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: Bei den Aufträgen an das ZK soll es unter Punkt 1 heißen: „1. Das ZK wird beauftragt, auf der Grundlage des vom Sonderparteitag beschlossenen Programmentwurfs sowie der Diskussion, die der Sonderparteitag über die Vereinigungsverhandlungen mit der GIM geführt hat, mit dem ZK der GIM gemeinsame Abänderungsanträge zu erarbeiten und
a. den Programmentwurf mit den Abänderungsanträgen erneut der ..."
Abstimmung: Mehrheit ja, 5 Enth.
Änderungsantrag: In dem Satz: „Aus diesen Gründen lehnen wir eine Mitgliedschaft der anzustrebenden vereinigten Organisation in der IV. Internationale grundsätzlich ab" soll „grundsätzlich" gestrichen werden. Mehrheit nein.
Abstimmung über die Resolution incl. Anderungen: Mehrheit ja, 3 nein, 4 Enth. Dadurch erledigen sich die anderen Anträge.

Woran wir kranken, ist die Macht der Konzerne & Banken

Statutdebatte

1. Präambel (A-Nr. 71—74)

Abstimmung: soll dem Statut eine Präambel vorangestellt werden? Mehrheit nein.
Zusatzantrag: Zusammen mit dem Statut soll die Resolution zum Selbstverständnis der Partei veröffentlicht werden. Mehrheit ja.

A-Nr. 78 — Organisationsprinzipien

Abänderungsantrag: der Begriff „Leitung" soll durch den Begriff „Organe" ersetzt werden. Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 1, Abs. 2/3 von „Es ist die Aufgabe der Leitungen..." bis „ ... ihr Bemühen um Politikfähigkeit vorausgesetzt." ist der Text des ZK-Antrages zu streichen und der Text des Antrags 95 einzufügen. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 1, Abs. 3 soll gestrichen werden: „... und eine entsprechende politische Praxis zu entwickeln, soweit sie nicht den generellen politischen Orientierungen der Partei widerspricht und soweit dadurch die Handlungsfähigkeit der Partei nicht gefährdet ist." Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 1, Abs. 3 soll der oben zitierte Teil des Satzes bleiben, aber ergänzt werden um **„und nach Zustimmung der Mehrheit** eine entsprechende ..." Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 2, 1. Satz soll die Einfügung in den Spiegelstrichen „unter der Voraussetzung einer entfalteten Diskussion" gestrichen werden. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 2, Abs. 2 soll das Recht auf imperatives Mandat festgeschrieben werden. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 2, Abs. 2 soll der zweite Satz gestrichen werden. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: In Punkt 4 soll der Begriff „Berichterstattung" durch den Begriff „Rechenschaftslegung" ersetzt werden. Abstimmung: Mehrheit ja.
Abänderungsantrag: In Punkt 4 soll ergänzt werden: „Funktionsträger können jederzeit abgewählt werden." Abstimmung: Mehrheit ja.
Abänderungsantrag: Punkt 4 soll ergänzt werden um den Satz: „Daraus ergibt sich, daß Funktionsträger der Partei in erster Linie sich nicht als ausführende Organe der übergeordneten Leitungen verstehen, sondern in erster Linie den Organisationen verpflichtet sind, von denen sie gewählt wurden." Abstimmung: Mehrheit ja.
Abänderungsantrag: In Punkt 1, Abs. 3 soll im ersten Satz nach „...widerspiegeln" der Rest des Satzes gestrichen werden. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abstimmung über Organisationsprinzipien insgesamt: Mehrheit ja.
Durch die Annahme des Antrags 78 erledigen sich die Anträge 77, 94 bis 101, 144 und 148.

2. Mitgliedschaft und Rechte der Mitglieder

A 80 - 88, 143
Diskussionsgrundlage ist A Nr. 85
Abstimmung: A 85 soll ergänzt werden durch A 81. Mehrheit nein.
Abstimmung: A 85 soll ergänzt werden durch A 80. Mehrheit nein.
Abstimmung: A 85 soll geändert werden durch A 82. Mehrheit nein.
Abstimmung : 85 soll ergänzt werden durch A 84. Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: die Begrenzung der Mitgliedschaft auf „mindestens 14" soll gestrichen werden. Abstimmung: Mehrheit nein.
Abänderungsantrag: A 85 soll ergänzt werden durch den Text aus dem Statutentwurf: „...und Anträge an Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen auch in personellen Fragen bis hin zum Parteitag zu stellen." Abstimmung: Mehrheit ja.
Abänderungsantrag: A 85 soll ergänzt werden durch A 88. Abstimmung: Mehrheit ja. Auf grund eines Einwandes wird die Abstimmung über A 88 wiederholt. Erneute Abstimmung: Mehrheit nein.
Abstimmung A 85 mit Änderungen: Mehrheit ja.

3. Aufnahme von Mitgliedern

A 79: Mehrheit nein

4. Quotierung

A 75 und A 76: Mehrheit ja.

5. Ende der Mitgliedschaft

A 89: Mehrheit nein.

6. Parteiverfahren usw.

A 90: Mehrheit ja.
A 91: Mehrheit nein.
A 92 und 70, Punkt 4: Mehrheit nein.

7. Punkt 6 des Statutentwurfs

Alternative Abstimmung über A 103 und den mündlichen Antrag, die Delegierten für den Parteitag in den Orten zu wählen. Mehrheit für 103.
A 106: Mehrheit ja
A 105: Mehrheit nein
A 145: Mehrheit nein
A 107: Mehrheit nein
A 108: Mehrheit nein
A 109: Mehrheit ja
A 110: Mehrheit nein
A 112: Mehrheit ja
A 147: Mehrheit ja
A 116: Mehrheit ja
A 115, Punkt b: Mehrheit ja
A 115, Punkt c: Mehrheit ja
A 118, Punkt d: Mehrheit ja
Durch diese Abstimmungen erledigen sich die Anträge 113, 114, 117, 119 - 122.
A 123: Mehrheit nein
A 124: Mehrheit ja
Änderungsantrag zum Statutentwurf: Im Abschnitt über die Ortsgruppen/Ortsleitungen wird gestrichen, daß die monatlich stattfindenden Sitzungen durch den Vorsitzenden einberufen werden. Mehrheit ja.
A 126: Mehrheit nein.
A 125: Mehrheit nein.
A 93: Mehrheit nein.
A 131: Mehrheit nein.
A 127: Mehrheit nein
A 128: Mehrheit ja
A 146: Mehrheit nein
Mündlicher Antrag: Im Statut soll dort, wo jetzt nur die maskuline Form steht, auch die feminine Form eingefügt werden. Mehrheit ja.
Abstimmung über das Statut insgesamt: Mehrheit ja, 3 nein.

Andere Anträge:

A 138: Mehrheit nein
A 139: hat sich durch die Statutverabschiedung erledigt.
A 140: Mehrheit ja.
A 141: Mehrheit ja.

Brennpunkt Zentralamerika

Gespräch mit zwei revolutionären Parlamentariern aus Nicaragua • Isidro Tellez und Carlos Cuadra von der MAP-ML zur neueren Geschichte Nicaraguas • Über die Gewerkschaftsfrage, die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen • Zur Jugendpolitik und der Situation an den Universitäten in Nicaragua • Ein Disput mit Tomas Borge • Über die drohende Invasion und revolutionäre Militärpolitik

Am 20. Juli 1985, einen Tag nach den Feiern zum 6. Jahrestag der nicaraguanischen Revolution, sprachen in Managua zwei Genossinnen und ein Genosse unserer Partei mit Vertretern der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion, MAP-ML. (Movimiento de Accion Popular — Marxisten-Leninisten) Gesprächspartner waren **Isidro Tellez**, der Generalsekretär der Partei und **Carlos Cuadra**, beide seit den Wahlen im vergangenen Jahr auch Parlamentsabgeordnete.

Wir haben uns beim Auswerten der langen Tonbandaufzeichnungen dieses Gesprächs bemüht, die vielen vorkommenden Abkürzungen (ein wirkliches Problem in Nicaragua) und Spezialbezeichnungen jeweils zu erläutern. Trotzdem vorab schon einige Erklärungen: „El Triunfo", der Triumph, oder auch der Volkssieg bezeichnet den Sieg des nicaraguanischen Volkes über die Somoza-Diktatur am 19. Juli 1979. Die FSLN, die Frente Sandinista (Frente Sandinista de Liberacion Nacional) war die Befreiungsfront des Volkes, die sich heute als politische Partei konstituiert hat und von der überwiegenden Mehrheit des Volkes bei den ersten Wahlen 1984 mit der Leitung der Staatsgeschäfte beauftragt wurde.

Im Teil über die Gewerkschaften ist von den Zentralen die Rede. Gemeint sind die Zentralen verschiedener Richtungsgewerkschaften, die die einzelnen Gewerkschaften, die sich auf Betriebsebene bilden, politisch führen. Alle Zentralen der Richtungsgewerkschaften bilden ein Koordinierungsgremium, die CSN — ein Projekt, das aber nach allgemeiner Ansicht zur Zeit als gescheitert anzusehen ist. Die in der sandinistischen CST zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind die größten und einflußreichsten. Ihnen wird von links vorgeworfen, sich mehr als verlängerter Arm der sandinistischen Führung zu verstehen, denn als konsequente Vertreter der Arbeiterinteressen.

An dieser Stelle noch ein großes Dankeschön der Redaktion für die mühevolle Übersetzungsarbeit.



Das Emblem der von der MAP geführten Gewerkschaft Frente Obrero. Das Emblem wird von einem Marx-Zitat umrahmt: „Die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk der Arbeiterklasse selbst".



Einer unserer Gesprächspartner. Genosse Isidro Tellez, Generalsekretär der MAP-ML vor dem Parteibüro in Managua. Isidro Tellez, der dem nicaraguanischen Parlament angehört, ist ursprünglich Bauarbeiter gewesen und wird sogar von der FSLN als „anerkannter Arbeiterführer" bezeichnet.

RM: Als erstes würden wir gern eure Einschätzung der allgemeinen Lage kennenlernen, angesichts der Gefahr einer Intervention des US-Imperialismus

Isidro Tellez: Zuallererst wollen wir uns ein wenig auf die Entwicklung in den sechs Jahren seit der Revolution beziehen, in denen wir als Partei *MAP/ML* seit dem Sieg eine Linie entwickelt haben, die darauf ausgerichtet war, Arbeiterorganisationen zu entwickeln und aufzubauen, um die Grundlagen zu schaffen, die zukünftige Entwicklungen hin zum Aufbau des Sozialismus ermöglichen sollen. Wir haben ziemlichen Druck ausgeübt und gegenüber der *Frente Sandinista* eine sehr kritische Haltung eingenommen. Die *Frente Sandinista* hat auf unsere Aktivitäten, die das Ziel hatten, organisatorische Grundlagen zu schaffen, die später umfassendere Veränderungen ermöglichen sollten, sehr heftig reagiert.

Andererseits stellten wir fest, daß auch die Bourgeoisie, die politische Rechte, ebenfalls Druck ausübt, um durchzusetzen, daß die *Frente Sandinista* ihre Klasseninteressen respektiert. In diesem Sinne wandte die Bourgeoisie sogar die Taktik an, sich an der Regierung zu beteiligen, ebenso wie an verschiedenen staatlichen Institutionen. (Der ersten revolutionären „Junta des nationalen Wiederaufbaus" gehörten Violeta Chamorro und Alfonso Robelo als Vertreter der antisomozistischen Bourgeoisie kurze Zeit an, RM).

Es entwickelten sich Auseinandersetzungen zwischen der Bourgeoisie und der *Frente Sandinista*, deren Ergebnis der Bruch von Violeta Chamorro und Alfonso Robelo sowie einer Reihe von Ministern war, die sich im Staatsapparat befanden. All das sind Aktionen der Bourgeoisie, um die *Frente Sandinista* unter Druck zu setzen, damit sie umsetzt, was sie als das ursprüngliche Projekt proklamieren, nämlich das Projekt der **Gemischten Wirtschaft, der Nationalen Einheit** und des **politischen Pluralismus.**

Nun, ich habe erklärt, daß die Beteiligung der Bourgeoisie an der Regierung nur eine Taktik der Bourgeoisie war. Diese Taktik erlaubte ihnen die Neustrukturierung ihrer Parteien. Wir meinen, daß diese Parteien aufgrund des Volkssieges auseinandergebrochen waren. Die Massen stoppten sie als Ergebnis des Volkssieges, und diese Parteien entwickelten wenig eigene Aktivität bzw. gar keine Aktivität. Mit der Beteiligung ihrer Leute an der Regierung jedoch gelang ihnen die Etablierung ihrer neuen Parteien. Die konservative Partei, eine Partei, die die Macht mit der Somoza-Diktatur geteilt hatte, änderte ihren Namen und tauchte unter der Bezeichnung *Partido Conservador Democrata* (Konservativ demokratische Partei) wieder auf. Ebenso tauchte eine neue Partei auf, die *Partido Socialdemokrata* (Sozialdemokratische Partei) aus deren Reihen Führer der Konterrevolution hervorgegangen sind. Nehmen wir noch die *Partido Liberal Indepediente* (Liberale unabhängige Partei), eine unbedeutende Partei, der es ebenfalls gelang, aufgrund der Beteiligung der Bourgeoisie, sich als Partei zu konstituieren. Außerdem gibt es noch die *Partido Social Cristiano* (Soziale christliche Partei), die den Spielraum nutzte, den ihr die *Frente Sandinista* hinsichtlich einer Beteiligung an der Regierung gab. Diesen Parteien gelang es, ihre Kräfte neu zu organisieren. Mit diesen neustrukturierten Kräften und mit einer klar entwickelten Linie, die *Frente Sandinista* unter Druck zu setzen, und in Abstimmung mit der Carter-Administration begann eine regelrechte Offensive des Drucks, der Erpressung seitens des US-Imperialismus, seitens der Bourgeoisie gegen die *Frente Sandinista*, gegen die Regierung, damit sie das Projekt respektiere, daß die *Frente Sandinista* noch immer auf ihre Fahnen geschrieben hat. All das erzeugte eine Dynamik, einen Kampf im Lande selbst.

Auch die Arbeiterklasse unternahm eigene Anstrengungen, um ihre Forderungen sowie ihre politischen Ziele durchzusetzen. Es gab eine regelrechte organische Entwicklung der Arbeiterbewegung, es wurden Hunderte von (Betriebs-, RM) Gewerkschaften ins Leben gerufen, sowie auch die *CDS* (*Comités de Defensa Sandinista* — sandinistische Verteidigungskomitees), die teilweise auch schon vor dem Volkskrieg existierten. Es waren damals Komitees zur Verteidigung der Werktätigen. Der *Frente Sandinista* war es gelungen, diese organisierte Bewegung des Volkes während des Aufstands für sich zu gewinnen und sie ging zur Bildung der *CDS* über. An den *CDS* beteiligten sich Tausende von Werktätigen auf Stadtteilebene, sowie die Bauernkooperativen. Es war eine organische Sturzflut, die sich als Ergebnis des Volkskrieges entwickelte.

Die Werktätigen entwickelten ihrerseits Druck auf die Regierung und die *Frente Sandinista* selbst, um zu erreichen, daß sie eine konsequentere Linie verfolgen sollten. Obwohl der Kampf sehr dynamisch, sehr aktiv war, konnte die Arbeiterbewegung diese Dynamik nicht aufrechterhalten, unter anderem aufgrund der Konzessionen, die die *Frente Sandinista* der Bourgeoisie und dem internationalen Kapitalismus machte.

1981 beginnt die Regierung des nationalen Wiederaufbaus Dekrete zu erlassen, die sich gegen die Interessen der Werktätigen richten. 1981 wird das Streikrecht außer Kraft gesetzt, ebenso wird den Arbeitern verboten, Protestaktionen durchzuführen, selbst wenn es darum ging, die Konfiszierung der Unternehmen zu fordern, aus denen die Kapitalisten das Kapital ins Ausland abzogen. Bei diesem Dekret handelt es sich um ein Unterdrückungsdekret, das die Besetzung solcher Fabriken verbot, selbst wenn diese Besetzungen in Wirklichkeit dazu dienten, die Produktion aufrechtzuerhalten. Die Arbeiter, die sich an Aktivitäten dieser Art beteiligten, konnten mit Gefängnisstrafen von einem bis zu drei Jahren bestraft werden, ein schwerer Schlag gegen die Werktätigen.

Der internationale Druck vergrößerte sich, der von den *Contadora*-Staaten, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, sowie der von Seiten der USA durch die Finanzierung der Militärmanöver in Honduras und Costa Rica.

Was ich damit sagen will, ist, daß eine Reihe von Maßnahmen getroffen wurden, die auf den internationalen Druck zurückzuführen sind und die als Konsequenz zu einer gewissen Frustation der Arbeiterbewegung führten. In Gesprächen, die wir vor kurzem führten, riefen wir die *„Coordinadora Sindical Nacional"* (Koordinierungsgremium aller Gewerkschaften Nicaraguas, RM) auf, mit dem Ziel, die Arbeiterklasse an die Spitze einer Reihe von Aufgaben zu stellen. Diese von der Regierung verabschiedeten Dekrete jedoch führen die Arbeiterbewegung in die Irre, fesseln und zerstören sie. Andererseits hat die Führung der *CST* (*Central Sandinista de Trabajo* — Dachverband der **sandinistischen** Gewerkschaften, RM) der Gewerkschaftszentrale, in der der größte Teil der Gewerkschaften des Landes organisiert ist, eine bürokratische, absolut regierungstreue Haltung angenommen, die nicht darauf gerichtet ist, die Probleme und Sorgen zu lösen, die die Arbeiterbewegung hat.

Im Rahmen des Aufbauprojektes hier in Nicaragua, das wir als ein kapitalistisches Projekt charakteri-

siert haben, ist es logisch, daß es eine Menge von Problemen gibt, auf die die Arbeiter Antworten und Lösungen brauchen, genauso wie sie Organisationen brauchen, die sich an die Spitze stellen, sie führen, damit sie ihre Forderungen durchsetzen können.

Soviel zur Arbeiterbewegung. Auch in bezug auf die Volksbewegung, auf der Ebene der *CDS* selbst, hat dieselbe Entwicklung stattgefunden. Die *CDS* haben einen starken Zerfallsprozeß durchgemacht, jene Bewegung, die sich als Produkt des Volkssieges in den Stadtteilen herausgebildet hatte, in der die Arbeiter und andere teilnahmen. Jetzt sind die *CDS* ziemlich geschwächt durch die geringe Beteiligung. Sie sind nicht mehr Organisationen, die selbständig auf der Ebene des Stadtbezirks große Kundgebungen initiierten, die durch ihre Mobilisierung Druck auf die neue Regierung ausübten, damit diese nicht eine Haltung gegen die Revolution annähme.

Das Ergebnis der Politik der Klassenversöhnung, die von der *FSLN* verfolgt wird, ist die Schwächung und Desorganisation der Arbeiter- und Volksbewegung. Diese Bewegungen haben eine abwartende Haltung eingenommen, es gibt heute keine Offensive der Arbeiterbewegung.

Natürlich gibt es Zeichen von Unruhe, doch diese Unruhe ist nicht massenhaft, sondern Ausdruck von kleinen Bewegungen, die sich auf Betriebsebene entwickeln. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß nach sechs Jahren Revolution die Volksbewegung und die Arbeiterbewegung, ebenso wie die der Bauern, eine Abnutzung erfahren, Ergebnis der Politik der *Frente Sandinista*.

In diesem Zusammenhang ist der Wahlkampf selbst zu sehen, der politische Rahmenbedingungen institutionalisiert hat, die die *Frente Sandinista* selbst als einen westlichen, d.h. kapitalistischen Rahmen bezeichnet hat, in dem die Massen, die Arbeiter selbst, sich der Institutionalisierung unterwerfen müssen, den Gesetzen, die als Ergebnis dieser Institutionalisierung entwickelt werden. Andererseits bedeutet es die gesetzliche Anerkennung der Existenz der Parteien der Rechten. Das heißt, es handelt sich nunmehr um Parteien, die durch alle bisher verabschiedeten Gesetze die vollen Rechte für ihre Betätigung haben und daß eine Beschränkung der Massenbetätigung festgeschrieben wird. Bei jedem Versuch von Aktionen, den die Arbeiter gegen diese Parteien, gegen die verabschiedeten Gesetze, gegen diesen Kompromiß unternommen haben, hat die *Frente Sandinista* gezeigt, daß sie bereit ist, dafür zu sorgen, daß diese Gesetze respektiert werden und damit die Existenz der Parteien der Rechten selbst.

RM: Was nun die Gewerkschaften betrifft: Wie schätzen die Genossen die sandinistischen Gewerkschaften ein? Wie arbeitet ihr innerhalb der sandinistischen Gewerkschaften, falls ihr in ihnen arbeitet? Wie funktioniert einerseits die bürokratische Kontrolle dort und andererseits, wie verläuft der innere Entscheidungsprozeß?

Carlos Cuadra: Die Kontrolle durch die sandinistische (Gewerkschafts-RM) Zentrale ist im Laufe dieser sechs Jahre ständig präsent gewesen, d.h. sie ist keine Maßnahme, die sich durch eine einmalige Entscheidung entwickelte. Die gleich zu Beginn einsetzende Unterdrückung der *Frente Obrero* (*Frente Obrero, FO*, Arbeiterfront, Gewerkschaftsorganisation unter der Führung der *MAP-ML*, RM) ist vor dem Hintergrund der Entwicklung dem Stärkerwerden der *Frente Obrero* zu sehen. Die *Frente Obrero* war die einzige Gewerkschaftsorganisation mit Prestige bei den Massen, die zusammen mit dem Sandinismus die Arbeiterbewegung organisieren konnte. Dies beruhte auf der Beteiligung unserer Partei, der *MILPAS* (antisomozistische Milizen der *MAP-ML*, RM) etc. an der Revolution. Die *Frente Sandinista* sah aufgrund der geringen Erfahrung, den geringen Fähigkeiten auf gewerkschaftlichem Gebiet und den wenigen Kadern in der Gewerkschaftsbewegung kein anderes Mittel, als ihre staatlichen Kräfte zu benutzen, um die Entwicklung der *Frente Obrero* aufzuhalten. Drei Jahre lang ging sie immer wieder, auch 1983 noch, auf militärische Weise gegen die *Frente Obrero* vor. Man holte die Mitglieder auf militärische Weise aus den Krankenhäusern in Managua — die Krankenhausgewerkschaften in Managua waren in der Hand der *Frente Obrero*. Die *Frente Obrero* wurde dort aus den Betriebsversammlungen vertrieben. Wo die *Frente Obrero* auftrat, waren die bewaffneten sandinistischen Milizen zur Stelle, um die *Frente Obrero* zu verjagen. Es war ein Prozeß, der militärische Formen der Unterdrückung angenommen hatte. Später haben die Sandinisten ihre Taktik verändert in bezug auf die Kontrolle über die formalen Strukturen der Gewerkschaftszentralen, eine Kontrolle, die z.B. teilweise über die *CSN* (Koordinierungsgremium der Gewerkschaften, RM) ausgeübt wurde. Die *CSN* allein funktionierte nicht, sie wurde benutzt, instrumentalisiert, um die anderen Zentralen (Richtungsgewerkschaften, RM) zu neutralisieren, um sich selbst einen Freiraum äußerlicher Einigkeit zu schaffen, einen Raum zur Neutralisierung von Kräften innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.



„Keine Stimme für die Reaktion — Kugeln für den Imperialismus" — Ein Transparent der MAP während des Wahlkampfes im vergangenen Jahr.

Andererseits werden die Lebensmittelversorgung und die Einstellung, d.h. die Möglichkeit überhaupt arbeiten zu können, im Baugewerbe zum Beispiel von der Bauarbeitergewerkschaft (*Sindicato de Construccion*) kontrolliert, und diese Gewerkschaft steht unter Kontrolle der *CST* (sandinistische Gewerkschaftszentrale, RM). Die Arbeiter werden dadurch verpflichtet, dieser Gewerkschaft beizutreten.

Ein weiterer Mechanismus, den sie anwenden, ist der Druck — wie ich bereits gesagt habe — durch das System der Lebensmittelversorgung durch die Betriebe. Das Ministerium für Binnenhandel (*MICOIN, Ministrio de Comercio Interior*) hat nur über die *CST* Versorgungsverträge abgeschlossen. Folglich bekommen die Gewerkschaften, die nicht der *CST* angehören, keine Unterstützung durch *MICOIN*. Auf diese Weise sind die *comisariatos*, die Verteilungsstellen, faktisch nur durch die sandinistischen Zentralen möglich, d.h. ein weiterer Mechanismus, den die sandinistische Zentrale benutzt, um die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung zu bekommen. Die Form, die sie benutzt, ist nach außen hin demokratisch: Die sandinistische Zentrale tritt gern in der Art auf, wie ihr das gestern (19. Juli 1985, es fand eine Großkundgebung der FSLN statt, RM) auf dem Platz der Revolution gesehen habt, in Form einer Versammlung, in der Regel auf Ebene der Gewerkschaftsbasis, um diese Versammlung Mitteilung zu machen und ihr Fragen zu stellen, nicht aber damit dort die Arbeiter ihre eigenen Probleme zur Sprache bringen. Das wird im Rahmen der Gewerkschaften nicht zugelassen. Die sandinistische Zentrale verwirklicht eine sehr populistische Art der Demokratie. Daniel Ortega war gestern auf dem Platz und fragte die Massen, die dort anwesend waren, zuerst einige Sachen, die mit der Revolution zu tun haben: z.B. ob sie bereit sind, der Aggression entgegenzutreten, und die Massen sagten Ja. Das sind die Formen der Demokratie, wie sie der Sandinismus verwendet. Das hat viel zu tun mit Formen der Agitation, nicht aber mit Formen zur Entwicklung von Demokratie. Noch viel weniger davon spielt sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ab, wo diese berühmten Zusammenkünfte stattfinden, wie sie die *FSLN* nennt. Wo man da zusammenkommt, wie jetzt gerade vor dem 19. Juli, wo die Gewerkschaften diskutieren sollten, ob sie nun „auf dem Laufenden" (*al dia*) sind oder nicht — aber nicht die wirklichen Probleme (Anm.: *„Al dia"* war die Hauptparole zur Mobilisierung der *FSLN* zu den Feierlichkeiten des 6. Jahrestages der Revolution, RM).

Wenn es Probleme gibt, wie z.B. die Frage der Zahlung in Naturalien, was die Möglichkeit für die Arbeiter bedeutete, Erzeugnisse der Fabrik, in der sie arbeiten, zu kaufen, läuft das etwa so: In dem Moment, als die Arbeiter anfingen, die Regierungsentscheidung, nämlich die (zusätzliche) Bezahlung in Naturalien abzuschaffen, in Frage zu stellen, organisierte Daniel Ortega einen *„Cara al Pueblo"* (*Cara al Pueblos* sind öffentliche, im Fernsehen übertragene Veranstaltungen mit Regierungsvertretern, RM). Er kommt als Präsident der Republik, hält Versammlungen in den Fabriken ab, die die Entscheidung — auch mit Streiks — in Frage stellen. Er erzählt den Leuten gleich bei seinem Eintreffen, daß er gekommen sei, um ihnen den neuen Regierungsbeschluß bekanntzugeben, d.h. zur Diskussion wird nicht gestellt, ob diese Maßnahme durchgeführt werden soll oder nicht, sonder er will **erklären**. Das sind die Formen von Demokratie, die der Sandinismus anwendet, Formen, die offensichtlich nicht demokratisch sind, da sie weder eine Beteiligung der Massen zulassen, noch Möglichkeiten der Organisierung von tatsächlichen Willensbildungsprozessen beinhalten. Genausowenig wird dadurch Bewußtseinsbildung entwickelt.

RM: Ein zweiter Gesichtspunkt wäre: Arbeitet ihr auch innerhalb der sandinistischen Gewerkschaften, oder beschränkt ihr euch allein auf die *Frente Obrero*? Welches sind die Gründe für die jeweilige Entscheidung?

Carlos Cuadra: Wir arbeiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und betrachten diese nicht als privaten Tummelplatz für die *CST*. Wir stellen nicht die Organisierung der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in Frage, was wir jedoch in Frage stellen, ist die Führung durch die *CST*. Die *Frente Obrero* ist keine entfremdete, der Gewerkschaftsbewegung entfernte Organisation. Wir versuchen, die demokratischen Hebel und Möglichkeiten wiederzubeleben und auf diese Weise die Führung zu gewinnen. Das ist äußerst schwierig angesichts der Tatsache, daß das Arbeitsministerium (*MITRAB*) — das die Instanz ist, die die Gewerkschaftsführung der einzelnen Betriebe offiziell bestätigt und legalisiert — jede Führung seitens der *Frente Obrero* unterbindet und Gewerkschaften, die von der *Frente Obrero* organisiert werden, offiziell nicht anerkennt. Ich beziehe mich hier auf die Gewerkschaftsführung. Andererseits erkennt *MITRAB* all die zahlreichen nicht gewählten, d.h. lediglich von oben ernannten betrieblichen Gewerkschaftsvorstände der *CST* an.

Wir wenden zweierlei Taktiken an: Eine, die wichtigste, besteht darin, Kampfkomitees der Arbeiter, *Comitees de lucha de los trabajadores* (*CTL*) oder Komitees der *Frente Obrero* (*CFO*) zu gründen, entsprechend dem Entwicklungsstand der Arbeit der *Frente Obrero*. Die „Kampfkomitees der Arbeiter" organisieren die Werktätigen ausgehend von ihren ureigenen Fragen und ihrem Infragestellen der gewerkschaftlichen Führung. Diese Komitees entwickeln sich in der Praxis in der gewerkschaftliche Führung auf Betriebsebene, auch wenn sie nicht die offizielle Anerkennung haben. Sie zwingen die offizielle Führung, ihre Position aufzugreifen. Wir haben wichtige Erfolge erzielt, z.B. im *Valle von Dvaco*, einem großen Gemüseanbau- und Konservierungsprojekt. Ebenfalls konnten wir Erfolge bei *PLASTINIC*, einer Plastikfabrik und bei *MAICO*, einer Zementfabrik, erzielen. Dort hat die *Frente Obrero* offiziell nicht die gewerkschaftliche Führung, sondern die *CST*. Die gewerkschaftliche Arbeit wird jedoch von dem dortigen Kampfkomitee geleitet, das wiederum von der *Frente Obrero* geführt wird.

RM: Das heißt, formal hat in diesen Betrieben die sandinistische Gewerkschaft die Führung, aber die Linie, die in der Praxis umgesetzt wird, ist eure Linie?

Carlos Cuadra: Genau. In Wirklichkeit führt die *Frente Obrero*. Es sind ihre Positionen, die die Arbeiter in bezug auf ihre Forderungen entwickelt haben. Formal haben wir nicht die Stärke, um die offizielle Führung zu erobern. Zur Klarstellung: wenn ich von Stärke spreche, um die Führung zu erobern, meine ich nicht die Stärke im Betrieb. Nehmen wir das Beispiel der Zementfabrik *MAICO*.

Bei der Belegschaftsversammlung, auf der die Gewerkschaftsführung gewählt werden sollte, wurden die Vertreter der *Frente Obrero* nicht reingelassen. Über 70 Prozent der Kollegen, die an der Betriebsversammlung teilnahmen, verließen daraufhin die Versammlung, um sich draußen mit den *Frente-Obrero*-Vertretern zu versammeln. Die *CST* (sandinistische Gewerkschaft) wählte aber drinnen mit den verbliebenen 30 Prozent die betriebliche Gewerkschaftsleitung. Das heißt, die Stärke beinhaltet eine politische Stärke in bezug auf das Arbeitsministerium und die Fähigkeit und Möglichkeiten, das Arbeitsministerium zu verklagen, das die lediglich von 30 Prozent der Belegschaft gewählte Leitung anerkennt, während 70 Prozent eine andere Leitung wählen.

RM: In keinem Betrieb in Nicaragua existiert also eine offiziell anerkannte Leitung durch die *Frente Obrero*, oder doch?

Carlos Cuadra: Sie existieren, sind aber nicht vom Arbeitsministerium anerkannt. Im gesamten Industriesektor gibt es fast nur Betriebsgewerkschaften. Es gibt einige Bemühungen, Industriegewerkschaften zu gründen. Bis jetzt sind es aber nur Bemühungen. Nur im Bausektor gibt es eine solche Industriegewerkschaft. Alle Arbeiter im Bausektor sind in einer einzigen Gewerkschaft organisiert. Was also im allgemeinen existiert, sind betriebliche Gewerkschaftskomitees. Die *Frente Obrero* hat die Führung in einigen dieser betrieblichen Gewerkschaftskomitees, aber nicht die Führung auf nationaler Ebene.

RM: Eine weitere Frage, damit wir besser verstehen können, wie die Politik und Praxis der *Frente Obrero* funktioniert: Wie sieht der politisch-ideologische Kampf der *Frente Obrero* aus, wenn es in einem Betrieb mehrere Gewerkschaften gibt? Zweitens: wie könnte man den Charakter der *Frente Obrero* beschreiben — da sie ja offiziell nicht anerkannt und registriert ist? Und wie arbeiten die anderen Gewerkschaften auf Betriebsebene?

Carlos Cuadra: Erstens, die *Frente Obrero* als Dachverband verschiedener Gewerkschaften ist legal, nicht jedoch die von ihr geführten betrieblichen Gewerkschaften. D.h. das Arbeitsministerium hat die *Frente Obrero* als Gewerkschaftszentrale anerkannt.

Warum? Diese Frage müßt ihr den Sandinisten stellen. Offensichtlich repräsentiert die *Frente Obrero* eine Kraft in der Gewerkschaftsbewegung. Formal haben wir keine eingetragenen — betrieblichen — Gewerkschaften, aber die *FSLN*, das Arbeitsministerium, die Regierung wissen, daß die *Frente Obrero* in der Gewerkschaftsbewegung stark ist. Deshalb wird sie anerkannt. Angesichts der historisch bedingten Probleme, die Arbeiterbewegung zu organisieren, geht unsere Partei davon aus, daß die seit 1979 bestehenden formalen Organisationsmöglichkeiten der Werktätigen einen wichtigen Impuls darstellen. Wir meinen, daß dieser Impuls — auch wenn er vorläufig formal ist — nicht unterbrochen werden darf. Deshalb kritisieren wir auch nicht die Gewerkschaftsstrukturen, die sich entwickelt haben. Und deshalb gründen wir auch nicht Gegengewerkschaften, sondern kämpfen darum, daß die Führung durch Arbeiter und Werktätige ausgeübt wird, die im entscheidenden Moment, als Ausdruck demokratischen Verhaltens und demokratischer Entscheidung, die *Frente Obrero* als ihre gewerkschaftliche Vertretung anerkennen.

RM: Trotzdem sind die *Frente Obrero*-Komitees in den einzelnen Betrieben doch so etwas wie Gegen- oder Alternativgewerkschaften.

Carlos Cuadra: Richtig, aber sie kämpfen nicht, um die anderen Gewerkschaften auszuschalten, sondern darum, daß innerhalb der Gewerkschaften Leitungen gewählt werden, die die Interessen der Kollegen vertreten. Das Beispiel *MAICO* zeigt, daß die *Comités de lucha* nicht das Arbeitsministerium zwingen wollen, die eingesetzte *CST*-Führung auszuschalten, noch mobilisiert sie die Arbeiter in diese Richtung.

RM: Wie ist die Gewerkschaftsbewegung in Nicaragua organisiert? Wie wird z.B. die Leitung der *CST* gewählt? Werden die Delegierten, die z.B. die nationale Leitung der *CST* wählen, auf Betriebsebene gewählt? Wie läuft das?

Carlos Cuadra: Formal wird davon ausgegangen, daß es Gewerkschaftsdelegierte gibt, die den *Consejo nacional* (den Gewerkschaftsrat, RM) bilden, aus dessen Mitte heraus die nationale Leitung gewählt wird. Formal ist das Verfahren der *CST* identisch mit dem, das in der *Frente Obrero* gilt. Die Wirklichkeit sieht aber bis heute noch anders aus. Die Leitungen sowohl der *CST* als auch in der *Frente Obrero* sind „historische" Leitungen, d.h. bestehen aus Gewerkschaftsführer, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben und von den Teilen der Basis, die damals den Kampf um den Aufbau der jeweiligen Zentrale geführt hatten, gewählt worden waren. D.h. nur ein Teil der Mitglieder hat die bestehenden Leitungen gewählt. Hinzu kommt, daß sowohl bei der *CST* als auch der *Frente Obrero* — obwohl formal von unten nach oben gewählt wird — die Parteien, die diese Gewerkschaftszentralen führen, eine enorme Rolle spielen.

RM: Aufgrund der Veröffentlichungen Anfang des Jahres wissen wir, daß es große Unterschiede zwischen den einzelnen Lohngruppen gibt, daß die Skala von den unteren Lohngruppen bis zu ziemlich hohen Löhnen reicht. Uns würde interessieren, in welchen Lohngruppen sich die Mehrzahl der Arbeiter/Werktätigen befindet, ebenso in welchen Gruppen die Frauen eingestuft sind.

Carlos Cuadra: In den Gruppen 1 - 9 der Lohnskala befinden sich alle Arbeiter Nicaraguas. In den Lohngruppen darüber befinden sich Angestellte aus dem Dienstleistungsbereich, der Leitung der Verwaltung etc.

RM: Welche Unterschiede bestehen zwischen den Lohngruppen 1 - 9?

Carlos Cuadra: Die Lohngruppe 1, die niedrigste, bedeutet monatlich 4500,— Cordobas, die Gruppe 2 erhält 500 Cordobas mehr. Die Gruppe 9 bedeutet zwischen 8000 und 9000 Cordobas monatlich.

Die qualifiziertesten Arbeiter befinden sich in den Lohngruppen 4 - 7. In diesen Gruppen befindet sich die Mehrzahl der Arbeiter mit einer mittleren Qualifikation, in den Gruppen 8 und 9 befinden sich Arbeiter, die man als Facharbeiter bezeichnen könnte. Hier seht ihr eine Übersicht über die 28 Lohngruppen und die Veränderungen, die es in den letzten Jahren und Monaten gab. Wir haben diese Übersicht zur Schulung der Arbeiter in den Betrieben eingesetzt.

Isidro Tellez: Wir haben hier die Lohngruppe 1 (*categoria 1*) von 4500 cord. 1983 betrug der Minimallohn 1700 cord., was der Lohngruppe 1 entsprach. Der höchste Lohn entsprach damals 5500 cord. Seit 1983 wurde über das faktisch bestehende Einfrieren der Löhne diskutiert. In der Folgezeit wurden die Löhne zwar erhöht, wie ihr in der Übersichtstabelle sehen könnt.

Entwicklung des Minimallohns

Aug. 83:	1.700,—
Feb. 85:	2500,—
März 85:	3000,—
Mai 85:	4500,—
(in Cordobas)	

Die Erhöhungen lagen immer unterhalb der tatsächlich benötigten Lebenshaltungskosten. 1983, als 1700 cord. Minimallohn bezahlt wurden, benötigte man mindestens 5000 cord. als Existenzminimum. Allein für die Ernährung einer Durchschnittsfamilie hätte man im August 83 ca. 5600 cord. gebraucht. Ein Huhn kostete damals 30 cord. Heute beträgt der Minimallohn 4500 cord., aber ein Huhn kostet 400,— cord. 1983 kostete ein Paar Schuhe ca. 200,— cord. Heute kosten sie 3000 cord.

RM: In welchen Lohngruppen befinden sich die Frauen? Welcher Prozentsatz der Frauen verfügt über eine Art Qualifikation?

Carlos Cuadra: Die Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß erfolgte in Nicaragua traditionell über zwei Wege:
a. über die nicht-qualifizierte Arbeit, hauptsächlich in der Landwirtschaft
b. über die nicht-qualifizierte Arbeit, in der Stadt, als Dienstmädchen.

Genaue Prozentzahlen habe ich nicht. Ab 1970 wurden die Frauen verstärkt in die Fabrikarbeit miteinbezogen, eine Entwicklung, die sich seit dem Triumph von 1979 verstärkt hat.



„Widerstand gegen die Dekapitalisierung". Arbeiter demonstrieren gegen die Praxis der Kapitalisten, ihr Geld aus den Fabriken zu ziehen und ins Ausland zu transferieren. Diese Aktionen, die die Beschlagnahme oder Enteignung solcher Betriebe forderten, wurden verboten und unter Strafe gestellt. Das gleiche gilt für Landbesetzungen. Daniel Ortega verkündete bei der Verabschiedung des 2. Agrarreformgesetzes am 19. Juli 1981: „Landbesetzungen werden von jetzt an nicht mehr erlaubt."

RM: Aber gibt es keine genauen Angaben über die Anzahl der weiblichen Beschäftigten?

Carlos Cuadra: Nein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Angaben stark verzerrt, da aufgrund der zunehmenden Mobilisierung (der Männer an die Front) immer mehr Frauen in die Produktion einbezogen werden. Aber, um euch eine Einschätzung zu ermöglichen, folgende Angaben: Im Textil- und Manufakturbereich gibt es einen Sektor, der sich „Freizone für die Exportproduktion" (*zona franca*) nennt. In diesem Sektor arbeiten ca. 5000 Frauen und bilden die Mehrheit der dort Beschäftigten. Dieser industrielle Sektor ist aber klein. Ein anderer Bereich, in dem viele Frauen beschäftigt sind, ist der Gesundheitsbereich: Krankenschwestern etc.

Im industriellen Bereich, in dem insgesamt zwischen 30000 und 40000 Menschen arbeiten, sind es diese 5000 Frauen. Die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung umfaßt grob geschätzt 300000 Menschen. Die Zahlen, die ich euch gebe, sind grobe Schätzungen, keine genauen Angaben.

RM: Wieviele dieser in der Landwirtschaft tätigen Menschen sind Frauen? Du sagtest, ihr Anteil ist groß.

Carlos Cuadra: Das ist unterschiedlich und hängt von den dort anfallenden Arbeiten ab. In der Erntezeit arbeiten viele Frauen in der Landwirtschaft.

RM: In welchen Lohngruppen befinden sie sich hauptsächlich?

Carlos Cuadra: Aufgrund ihrer Qualifikation befinden sie sich hauptsächlich in den Lohngruppen 1 - 5.

RM: Erhalten die Frauen, bei gleicher Arbeit, den gleichen Lohn wie die Männer? Oder werden sie in niedrigere Lohngruppen eingestuft, wie es bei uns in der BRD-Praxis ist?

Carlos Cuadra: Prinzipiell erhalten sie den gleichen Lohn wie die Männer, aber es gibt zwei Gesichtspunkte. Erstens, und das entspricht der Wirklichkeit: die Frauen sind weniger qualifiziert als die Männer und deshalb in den unteren Lohngruppen, zweitens: häufig wird eine Qualifikation eher bei den Männern als bei den Frauen anerkannt. Das ist eine Tendenz, keine legale Praxis.

RM: Jetzt folgt ein ziemlicher Sprung zu einem anderen Thema, und zwar zur Jugendfrage. Wir haben drei Fragen:
1. Würden wir gerne eure Einschätzung der *Juventud Sandinista* (der sandinistischen Jugendorganisation) kennenlernen. Delegationen der *Juventud*, die Europa bereisten, haben immer einen sehr tiefen Eindruck hinterlassen.
2. Welche Prinzipien verfolgt ihr in eurer Jugendpolitik? Was macht ihr? Welche Politik habt ihr entwickelt?
3. In bezug auf den universitären Bereich interessiert uns, welchen Einfluß ihr dort habt. Könnt ihr uns etwas über die vor kurzem stattgefundenen Wahlen an der Universität sagen?

Carlos Cuadra: Unsere Partei hat auch in der Vergangenheit im Jugendbereich gearbeitet. Wir hatten Organisationen wie die *„Comites de lucha de Estudiantes Universitarios" CLEU* (Kampfkomitees der Universitätsstudenten) *„Comités de lucha de estudiantes de sechundaria"* (Kampfkomitees der Mittelschüler), außerdem hatten wir die *BJR*, die *„brigadas juvenils revvolucionarias"* die eine bewaffnete Agitations- und Propagandaorganisation war, die zwischen 1978 und 1979 kämpfte und im Land bewaffnete Aktionen durchführte. Wir hatten einen ziemlich starken Einfluß an der Universität. Nach der *FSLN* waren wir vor und unmittelbar nach dem Triumph die wichtigste Kraft. Unsere Hauptparole lautete, „Die Studentenschaft zu Verbündeten des Proletariats entwickeln".

Darin kommt auch unsere Kritik an Vorstellungen Marcuses zum Ausdruck, Vorstellungen, die auch in der *FSLN* vorherrschten, daß nämlich die Studenten die Avantgarde des Klassenkampfes in Nicaragua seien. Wir kämpften gegen diese Vorstellungen.

Unserer Einschätzung nach spielten die Studenten eine wichtige Rolle in der Politik Nicaraguas aufgrund des politischen Freiraumes, den es damals an den Universitäten gab.

Nach dem Triumph jedoch änderten sich aufgrund der Neuordnung und der Polarisierung des Klassenkampfes die Ausdrucksformen des Klassenkampfes in Nicaragua. Die Universität verlor ihre frühere Rolle als Sprachrohr/Ausdrucksmöglichkeit der Bewegung und die Gewerkschaftsbewegung gewann an Bedeutung und Wichtigkeit. Sie mußte sich nicht mehr über die Universität Ausdrucksmöglichkeiten verschaffen.

Die Studentenbewegung mit ihren eigenen Charakteristiken und einem starken Einfluß kleinbürgerlicher Konzeptionen entwickelte sich nach dem Triumpf zu einem der Sektoren, deren Ziele erfüllt worden waren. Ihre Militanz nahm rapide ab.

Die *FSLN* schrieb dem Universitätsbereich, aufgrund der starken Rolle, die die Studentenbewegung im Kampf gegen Somoza gespielt hatte, eine wichtige Rolle zu und kontrollierte diesen Bereich derart, daß es beinahe unmöglich war, organisierte politische Arbeit im Unibereich zu entwickeln. Unsere Partei verlagerte deshalb ihren Schwerpunkt auf die Arbeit in den Jugendorganisationen auf Stadtteilebene. Angesichts der Polarisierung war dies sehr schwierig. Die jungen Arbeiter zogen es vor, sich eher in der *Frente Obrero* zu organisieren, als in einer Jugendorganisation. Unsere Jugendarbeit ging stark zurück, ebenso wie unsere Arbeit allgemein. *Die Juventud Sandinista* ist eine stark entpolitisierte Organisation ...

Isidro Tellez: Zur Ergänzung: Vor dem Triumph gab es mehrere Hochschullehrer, die Mitglieder unserer Partei waren. Sie waren bekannt. Nach dem Triumph wurden sie entlassen. Es gab eine Unterdrückungswelle an der Universität, die zur Folge hatte, daß alle Dozenten, die als Mitglieder der *MAP* oder der *FO* und Studenten, die als Mitglieder der *CLEU* bekannt waren, entlassen, bzw. relegiert wurden.

Carlos Cuadra: D.h. die Arbeit an der Universität wurde enorm erschwert. Die Politik, Taktik und Linie, die von der *Juventud Sandinista* umgesetzt wurde, führte zu einer Lähmung des ideologischen Kampfes an der Universität. Das hatte einen Rückgang in der Organisierung — selbst bei der *Juventud Sandinista* — zur Folge. Die Studenten waren infolgedessen leichtes Angriffsziel für die ideologischen Kampagnen der Rechten, der Bourgeoisie. Die *Juventud Sandinista* war deshalb gezwungen, einen Kurswechsel vorzunehmen und öffnete ein wenig die Freiräume an der Universität. Das war vor einem Jahr. Als Folge dieser Öffnung und auch als Folge unserer früheren Arbeit stellte unsere Partei bie den letzten Studentenwahlen eigene Kandidaten auf, bzw. unterstützte bestimmte Kandidaten, die nicht Parteimitglieder waren, deren Programm jedoch in einigen Teilen durch die Partei beeinflußt werden konnte. In zwei Fakultäten gab es daraufhin eine sehr wichtige Wahlauseinandersetzung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen selbt die *Juventud Sandinista* und die *FSLN* davon aus, daß wir einen großen Einfluß an der Universität haben, etwas, was in der Frage der Organisierung nicht stimmt, jedoch bei der Meinungsbildung zutrifft. An der Fakultät für Journalismus gewann unser Kandidat, d.h. er schlug den Kandidaten der *Juventud Sandinista*.

An der Fakultät für Ingenieure, die sehr interessante Charakteristiken aufweist, da ein Großteil der Studenten, die bestimmte Studiengänge dort studieren, aus der Arbeiterklasse kommt, also an dieser Fakultät stellten wir den Hauptkandidaten. Die *Juventud Sandinista* hatte so große Angst vor dem Einfluß unseres Kandidaten, daß sie zum Mittel des Wahlbetruges griff. Der Wahlbetrug wurde öffentlich bekannt und entlarvt und auch von der *Juventud Sandinista* zugegeben. Was sie jedoch machten, war lediglich die Wahlurnen zu vernichten, in denen offensichtlich Wahlbetrug vorgekommen war, **nicht** jedoch die Wahl noch einmal durchzuführen, obwohl in allen Urnen gefälschte Wahlzettel gefunden worden waren. Wir zogen uns von den Wahlen zurück, weil es klar war, daß wir unter diesen Bedingungen verlieren würden.

RM: Warum habt ihr keinen öffentlichen Kampf gegen diesen Wahlbetrug geführt? Sichzurückziehen bedeutet doch, dieser Art der Manipulation weiteren Raum zu geben.

Carlos Cuadra: Wir haben einen Kampf entwickelt, aber da sie die Wahlen fortsetzten, akzeptierten wir die Ergebnisse nicht. Unser Kandidat zog sich von der Wahl, nicht aber vom Wahlkampf zurück

und weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen.

Wir fangen jetzt an, unsere Jugendarbeit wieder aufzubauen. Sie war nicht nur wegen der Schwerpunkte, die sich die Partei setzen mußte, sondern auch wegen der Entwicklung und der Charakteristiken des Klassenkampfes in Nicaragua zurückgegangen.

Die Jugend hatte eine interessante und wichtige aber sehr entpolitisierte Rolle gespielt. D.h. ein sehr schneller und beschleunigter Entpolitisierungsprozeß war bei der Jugend festzustellen. Außerdem erschwerte die starke Kontrolle durch die *FSLN* unsere Arbeit. Entscheidend ist jedoch, daß sich durch den Triumph die Polarisierung und durch die grundlegende Festlegung von Kampffronten Teile der Jugend von der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung angezogen fühlen. Die Organisierung der Jugend in diesen Bewegungen ist sehr komplex auch aufgrund der Charakteristiken und der enormen Politisierung die in der Arbeiterbewegung festzustellen waren. Die jungen Arbeiter schlossen sich schnell dem gewerkschaftlichen Kampf an, den Gewerkschaftsorganisationen und der Partei. Die Jugendarbeit selbst nahm nur einen sehr kleinen Raum ein und war zudem noch sehr komplex.

Zusammengefaßt läßt sich folgendes feststellen:

1. mußte die Partei Schwerpunkte setzen,

2. der revolutionäre Prozeß in Nicaragua hatte eigene Charakteristiken, die zur Folge hatten, daß die Jugendarbeit andere Ausdrucksformen annahm: auf der einen Seite die Entpolitisierung im Studentenbereich, auf der anderen Seite die enorm politisierte Arbeiterjugend.

Die Jugendorganisationen wurden von ihr abgelehnt und die gewerkschaftliche Organisierung angestrebt. Hinzu kommen die Besonderheiten, die sich aus der imperialistischen Aggression ergeben. Die Jugend mußte sich auch für die Verteidigung organisieren. Am Anfang haben besonders die Milizen viele Jugendliche angezogen. Heute ist es der Militärdienst der *SMP* (*Servicio Militar Patriotico*), von dem praktisch die gesamte nicaraguanische Jugend erfaßt ist. Ein Großteil dieser Jugendlichen kämpft an der Grenze. D. h. es gibt viele Besonderheiten bei der Organisierung der Jugend.

RM: Wie versucht ihr die Jugendlichen zu organisieren? Arbeitet ihr auch in der *Juventud Sandinista* oder konzentriert ihr euch auf die Arbeit in der Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend? Bildet ihr besondere Jugendgruppen? Arbeitet ihr auch in den Milizen?

Carlos Cuadra: Jugendarbeit im eigentlichen Sinne haben wir nur wenig gemacht, wie ich vorhin erklärte, sehr schnell auf der Ebene der politischen Meinungsbildung Einfluß wiedergewonnen, so daß uns die *FSNL* als stärkste Kraft nach ihnen in der Studentenbewegung organisiert einschätzt. Auf organisatorischer Ebene stimmt das nicht. Wir haben sehr wenige Studenten der Studentenbewegung bisher organisiert, aber wir haben dort politischen Einfluß. Im Dozenten-/Professorenbereich sind die kämpferischsten Leute Genossen der Partei.

Für ihren Einfluß ein Beispiel: Vor kurzem fand ein Kolloquium statt, ein Kongreß der Philosophie-Dozenten, der von der Universität organisiert wurde. Freunde, Sympathisanten, also Nicht-Mitglieder unserer Partei, nahmen daran teil. Die Vorbereitung und der Kongreß führten zu großen Auseinandersetzungen, die sich so zuspitzen, daß die sandinistischen Dozenten



Tomas Borge, Mitbegründer der *FSLN*, als *„Commandante de la revolucion“* noch heute in der Führung und Innenminister Nicaraguas, mußte sich an der Uni in Managua mit der Politik der *MAP* auseinandersetzen.

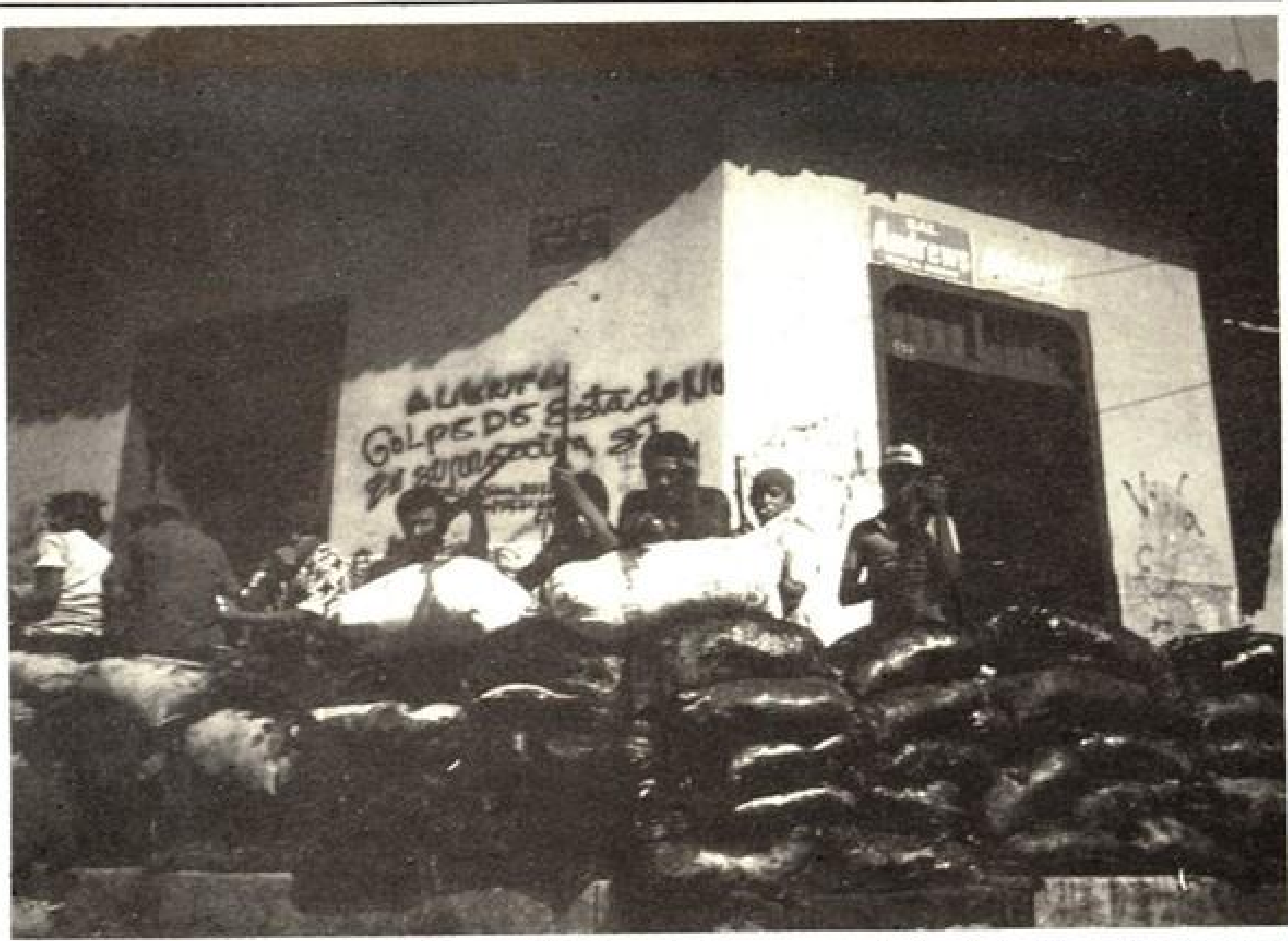
den Kongreß sabotieren wollten, unter dem Vorwand, er sei von der *MAP* organisiert, was nicht stimmte. Sie wollten sich zurückziehen, erhielten aber Anweisungen, es nicht zu tun. Zum Schluß kam Tomas Borge, um an der Abschlußveranstaltung teilzunehmen. In seiner Rede ging er auf die ultralinke Kraft/Strömung ein, womit er die *MAP* meinte. Tomas Borge war vorher unter Druck gesetzt worden, nicht zu der Abschlußveranstaltung zu kommen, da es ja ein Kolloquium der *MAP* wäre, was, wie gesagt, nicht stimmte. Was geschehen war, war, daß sich die Diskussionen und Auseinandersetzungen zum großen Teil auf der Grundlage unserer Positionen entwickelt hatten.

Der *Sandinismo* sieht überall an der Universität das Gespenst des Kommunismus. Tomas Borge kritisierte in seiner Rede die Professoren, die auf dogmatische Weise den Sandinismus verteidigen wollten und kritisierte gleichzeitig deren doktrinäre Verteidigung des Marxismus. Diese Kritik unterstützte unsere Haltung, die wir auf dem Kongreß vertreten hatten. Am Schluß seiner Rede kritisierte er die angeblich ultralinken Positionen. E erwähnte die *MAP* nicht. In seiner Kritik an uns bezog er sich weniger auf die Polemik, die es gegeben hatte, als auf Vorstellungen, mechanisch Analyseschemata zu übernehmen und zu glauben, daß wir uns in Nicaragua im Stadium der Februarrevolution (wie damals in Rußland) befänden, in Erwartung der Oktoberrevolution.

RM: Zwei andere, für uns wichtige Fragen: Wie schätzt ihr die internationale Lage ein und den Druck, den es von außen gegen eine Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses gibt? Zweitens: Wie arbeitet ihr in den Milizen? Welches sind die Hauptforderungen, die ihr entwikkelt habt?

Carlos Cuadra: Einige Bemerkungen vorweg, damit ihr unsere allgemeine Einschätzung des Prozesses verstehen könnt: Wir haben den Triumph der Bevölkerung (am 19. Juli 1979, RM) als Beginn von politischen und revolutionären Schritten charakterisiert. Wir haben ihn nicht wie die *FSLN* als revolutionären Sieg im klassischen Sinn verstanden, in dem das Proletariat die Macht ergriffen hätte. Denn das ist nicht der Fall. Es besteht die historische Möglichkeit, den Kampf für die proletarische Revolution in Nicaragua voranzubringen. Offensichtlich ist es diese Möglichkeit, die dazu geführt hat, daß ein internationaler Kampf der internationalen Bourgeoisie, hauptsächlich des US-Imperialismus gegen Nicaragua ausgebrochen ist. Dieser Kampf ist nicht nur gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas gerichtet, sondern hauptsächlich gegen die Möglichkeit einer proletarischen Revolution in Nicaragua.

Diese Möglichkeit wird verstärkt durch den politischen zentral- und lateinamerikanischen Kontext. Die objektiven Bedingungen für die revolutionäre Situation beginnen sich zu entwickeln aufgrund der internationalen Wirtschaftskrise. Nicaragua ist besonders explosiv, weil es nicht nur von dieser Anhäufung objektiver Bedingungen betroffen ist, die überall auf dem Kontinent vorhanden sind, sondern weil es außerdem wichtige politische und revolutionäre Vorteile hat. Diese Bedingungen machen es praktisch unmöglich, eine US-imperialistische Aggression zu vermeiden, genausowenig wie gleichzeitig die politische und ökonomische Aggression durch den Imperialismus im Weltmaßstab, d.h. durch das Monopolkapital. Deshalb haben die sozialdemokratischen, liberalen und konservativen Regierungen (West-) Europas ihre Haltungen mehr oder weniger vereinheitlicht.



Vor allem im Kampf gegen die Somoza-Diktatur spielte die Jugend eine große Rolle. Militärische Anstrengungen sind auch heute noch notwendig, um die Revolution zu verteidigen.

Es gibt zwei grundlegende Positionen: **a)** die Zerschlagung des revolutionären Prozesses von innen durch die Kontrolle der sandinistischen Regierung — diese Position entspricht der Sozialdemokratie, die ihrerseits die politischen Charakteristiken der *FSLN* analysiert haben und wissen, daß es keine Partei mit ideologischer Einheit ist, sondern eine Partei mit verschiedenen ideologischen Strömungen. Es gibt also große Übereinstimmung mit sozialdemokratischen Positionen. **b)** Die andere Position ist die von Reagan, die den Sturz der sandinistischen Regierung durch militärischen Druck beinhaltet. Angesichts des lateinamerikanischen Kontextes ist es allerdings für Reagan nicht einfach, die erhofften militärischen Erfolge zu erzielen. Aber er konnte Erfolge erzielen.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die so oft angekündigte Invasion durch die US-Marines nicht als Invasion durch Fallschirmjäger-Einheiten stattfinden wird, sondern auf eine andere Art: Per Flugzeug wird ein Geschäftsmann auf dem Flughafen *Sandino* in Managua ankommen, im Anzug, mit einem Koffer des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Hand und so — bildlich gesprochen — Nicaragua überfallen.

Diese Invasion Nicaraguas steht kurz bevor — nicht als militärische, sondern durch eine Kapitulation. D.h. der Sandinismus ist dabei zu kapitulieren mittels seines Wirtschaftsprojekts (der gemischten Wirtschaft, RM). Angesichts der wirtschaftlichen Stärke des Imperialismus gibt er das revolutionäre Ziel auf. Das hat politische und andere Auswirkungen, die natürlich sehr komplex sind. Außerdem beinhalten sie — auch innerhalb der *FSLN* — sehr widersprüchliche Ausdrucksformen, aufgrund des Massencharakters, den der Triumph hatte.

Es ist natürlich nicht so einfach, mit dem IWF zu verhandeln, wenn es gleichzeitig einen wichtigen — wenn auch immer mehr unter Kontrolle gehaltenen — Druck der Massen gibt, wenn es auch gleichzeitig Druck von Seiten der Bourgeoisie gibt.

Der Sandinismus ist dabei, über den revolutionären Prozeß zu verhandeln, um — als Gegenleistung — an der Macht zu bleiben. Aber diese Verhandlungen sind auf Grund des Drucks, den es gibt, sehr widersprüchlich. Aber die politische Entscheidung der *FSLN* ist, darüber zu verhandeln. Das ist nicht vermeidbar.

RM: Ein letzter Aspekt: Was sind angesichts dieser Situation eure Hauptforderungen und Schwerpunkte?

Carlos Cuadra: Die Partei hat folgende Taktik entwickelt: Ausnutzung aller politischen Freiräume und Möglichkeiten, die es in Nicaragua gibt, um ihre Verbindung mit der Massenbewegung Nicaraguas wiederherzustellen und neu zu organisieren. Deshalb besteht eine der wichtigsten Arbeiten der Partei einerseits in der Stärkung der Partei als Ausdruck der Organisierung der Arbeiterklasse in Nicaragua, und andererseits in der Entwicklung der unabhängigen Organisierung der Massen. D.h. unser Ziel ist es, zu erreichen, daß die Massenorganisationen **nicht** halbstaatliche Organisationen bleiben, zu denen sie die *FSLN* gemacht hat, sondern tatsächliche Massenorganisationen. Das wäre eine sehr wichtige politische Garantie dafür, daß verhindert werden könnte, daß die Massen instrumentalisiert werden, in dem politischen, dem sozialen und ökonomischen Pakt, den die *FSLN* als Regierung vorhat.

Folglich legen wir besonderes Gewicht darauf, daß sich die Massen, das Proletariat organisieren und mobilisieren und daß sich das Proletariat an die Spitze der Kämpfe stellt, um seine eigene Organisierung zu stärken und um andererseits den Reformen und Entwicklungen einen Klassencharakter zu geben, die das Fortschreiten der Revolution ermöglichen. Das politische Ziel ist es, dem revolutionären Prozeß eine eigene Dynamik zu geben und nicht zuzulassen, daß die *FSLN* diese Dynamik zum Verhandlungsgegenstand macht. Das muß auf jeden Fall verhindert werden. Entscheidend ist nicht, ob die *FSLN* verhandelt oder nicht, sondern worüber sie verhandelt. Sie darf nicht über den revolutionären Impuls verhandeln oder ihn lähmen.

Im gewerkschaftlichen Bereich kämpfen wir deshalb für die Entbürokratisierung der Gewerkschaften. Unsere Taktik sind die Kampfkomitees (*comites de lucha*) und die Wiederbelebung der Betriebs- und Arbeiterversammlungen als Organisationen der gewerkschaftlichen Massen, um Druck auszuüben mit dem Ziel, daß die Werktätigen eine bewußte, militante Haltung angesichts ihrer Probleme entwickeln. Was die Verteidigung betrifft, haben wir einen Kampf entwickelt, der zur Zeit sehr komplex ist. Vom rein technischen und momentanen Gesichtspunkt her, kann der Militärdienst (*SMP*, der aus Wehrpflichtigen besteht) einigermaßen gerechtfertigt werden.

Vom politischen Gesichtspunkt her betrachtet, ist der Militärdienst allerdings gegen die Organisierung der Milizen gerichtet. Der Sandinismus hat die Organisierung der Verteidigung entpolitisiert, obwohl die Verteidigung technisch gesehen verstärkt und vergrößert wurde. Versteht ihr das? Der Kampf ist kompliziert. Wir unterstützen als revolutionäre Organisation der Verteidigung die Milizen. Deshalb greifen wir den Militärdienst unter diesen politischen Gesichtspunkten an, obwohl wir ihn unter den militärtechnischen Gesichtspunkten als ein Instrument betrachten, das sinnvoll sein kann. Wir sehen die Gefahr, daß die Milizen von der Ausstattung und der Ausbildung weit hinter den Militärdienst zurückfallen. Die Milizen sind aber, im Gegensatz zum Militärdienst Klassenorganisationen.

RM: Vielen Dank für die ausführlichen Antworten auf unsere Fragen.

Frankfurter Appell

Ausländerpolitische Konferenz „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche“

23./24.11.1985 in Frankfurt



Samstag, 23.11.'85:
ab 10.00 Uhr Arbeitsgruppen
um 20.00 Uhr Abendveranstaltung:
„Asylrecht und Rassismus“
Sonntag, 24.11.'85:
ab 10.00 Uhr Plenum
Folgende Arbeitsgruppen sind vorgesehen:

- AG Ausländerbeirat mit: Referenten aus den Ausländerbeiräten in Kassel, Wiesbaden, dem Geschäftsführer der AG Ausländerbeiräte Hessen, dem Vorsitzenden der Griechischen Gemeinde, Frauke Postel von der AL Westberlin u.a.
- AG Doppelte Staatsbürgerschaft mit: Prof. Rainer Roth, H. Heinzel von der Zeitschrift „Die Brücke“, Prof. I. Haller, Türkische Gemeinde Berlin, IAF u.a.
- AG Kommunales Wahlrecht mit: Prof. M. Zuleeg, D. Lohse, Betroffenen aus Frankreich und den Niederlanden u.a.
- AG Niederlassungsrecht mit: Prof. K. Dohse, M. Tolalli von den Grünen, G. Witt, H. Rosen, Th. Schroer von der SPD u.a.
- AG Frauen, vorbereitet von der Deutsch-Ausländischen Frauenkoordination
- AG Asyl mit: RA Reckling, F. Geiger von der Gesellschaft für bedrohte Völker u.a.

AG Gewerkschaften und Ausländerpolitik mit: H. Güntas, K. Dimakopoulos, Prof. Karam Khella u.a.

Anmeldung erwünscht. Sind erhältlich beim **RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.**



Öffentliche Anhörung:

Neonazistische Umtriebe in Dortmund

Am 18. Oktober 1985 fand im Sitzungssaal des Rates der Stadt Dortmund eine öffentliche Anhörung zum Thema Neonazismus in Dortmund statt. Grundlage dieser Anhörung war die Arbeit zahlreicher Dortmunder Antifaschisten, die zum Teil seit langem in verschiedenen Initiativen, Parteien oder anderen Organisationen antfaschistisch engagiert und aktiv sind.

Die Idee einer solchen Form der Öffentlichkeitsarbeit und der gegenseitigen Information, der gemeinsamen Diskussion der Dortmunder antifaschistischen Kreise geht zurück auf einen Bürgerantrag, der mit den Unterschriften von mehr als 200 Bürgern bereits im Frühsommer 1984 dem Rat der Stadt vorgelegt wurde. — Er wurde abschlägig beschieden. Die Ratsfraktionen sollten ein Hearing zum Thema Neonazismus durchführen, auf dem Antifaschisten zu Wort kommen sollten, das auch der Information der Ratspolitiker selber dienen sollte und aus dem dann Konsequenzen für die Dortmunder Politik zu ziehen seien. — Die Fraktionen der SPD und der CDU lehnten diesen Antrag ab, sie befanden ein solches Anliegen als überflüssig.

Daraufhin ermöglichten es die Grünen, daß die Anhörung dennoch im Stadthaus stattfinden konnte.

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Hearings wurde im wesentlichen von der Antifaschistischen Bürgerinitiative Dortmund-Nord getragen.

Zu der Anhörung wurden auch Vertreter aller Ratsfraktionen sowie der Oberbürgermeister eingeladen. Sowohl Herr Samtlebe als auch die Fraktionsführer von CDU und SPD ließen diese Einladung aber unbeachtet.

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus einer Zusammenfassung der Ergebnisse des Hearings, die die Veranstalter der Presse übergeben haben.

Antifaschistische Einheit ausbauen

„Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir haben das Ziel, hier bei uns in Dortmund den Umtrieben der Nazis so zu begegnen, daß sie letztendlich unmöglich gemacht werden. Dazu gehört, daß wir ihnen selber das Leben schwer machen, dazu gehört, daß wir das Umfeld, in dem sie gedeihen können, anders gestalten; also: den Nazis das Handwerk legen, ihnen das Wasser abgraben.

Es ist berichtet worden, daß sich ein Antifaschistisches Forum gebildet hat. Und unser Anliegen — von denen, die dieses Treffen heute einberufen haben — ist es, diese gemeinsame Front gegen die Nazis, gegen Faschismus und alle Tendenzen dahin breiter zu machen. Und ich denke, eine Notwendigkeit hat sich gezeigt, und auch eine Möglichkeit, weil ja auch die Referate schon unterschiedliche Ansatzpunkte gemacht haben: daß wir in dem Anliegen, das wir gemeinsam haben, die weitergehenden oder in andere Richtungen laufenden unterschiedlichen Meinungen zurückstellen können **müssen**, damit wir in Dortmund irgendwann wirklich dahin kommen, daß die Nazis bei uns keinen Fuß mehr an die Erde kriegen.“

(Hearing, Schlußbemerkung)

Wir stellen fest: Das Hearing hat uns darin bestärkt, unsere gemeinsamen Aktionen fortzusetzen und auszubauen. Über Perspektiven antifaschistischen Kampfes über die Aktionen gegen die FAP hinaus, auch über die jeweils geeignete Form unseres Einsatzes für die Beseitigung der FAP bedarf es der solidarischen Diskussion und Beschlußfassung unter den antifaschistischen Kräften selbst. Das berührt in keiner Weise notwendige gegenseitige Kritik und eigenständige Aktivitäten einzelner antifaschistischer Kreise.

Das Hearing hat dazu beigetragen, nicht nur eine gemeinsame Forderung aufzustellen, sondern ein Grundgerüst gemeinsamer Anliegen aufzustellen, deren Verwirklichung wir nun auch gemeinsam angehen wollen. In diesem Sinne werden sich Mitglieder der Antifaschistischen Bürgerinitiative und andere Initiatoren des Hearings in das Dortmunder Antifaschistische Forum einbringen.

Wir haben Forderungen an die Parteien im Rat. Wir begrüßen jeden ihrer Schritte, der geeignet ist, den Nazis Boden zu entziehen. Wir sind in solchem Fall zur Zusammenarbeit immer bereit. Wir werden den Kampf gegen Nazi-Umtriebe aber nicht den Parteien „überlassen“. Entscheidend ist für uns das antifaschistische Engagement aller Demokraten. Die Dortmunder Ereignisse selbst, etwa die Demonstration gegen das FAP-Büro am 23.8., unterstreichen die besondere Bedeutung, die dem Einsatz und Aktionen von Gewerkschaftern zukommt.



Für das Verbot der FAP Für das Verbot aller faschistischen Organisationen

Im Vordergrund steht für die meisten Teilnehmer des Hearings die Forderung nach einem Verbot der faschistischterroristischen FAP. Die von verschiedenen Rednern angesprochenen Zusammenhänge zwischen den faschistischen Organisationen, die Verbindungen der FAP etwa zur NPD, zur Wiking-Jugend, zur DVU usw. haben gleichzeitig deutlich gemacht, daß es uns nicht um **eine** Organisation gehen kann, sondern daß die Forderung auf das Verbot **aller** faschistischen Organisationen gerichtet sein muß. Auch, wenn wir bei uns aus bekanntem Anlaß an der FAP ansetzen und ansetzen müssen.

Gleichzeitig wurde verdeutlicht, daß unser Blick eben nicht allein auf Dortmund, auch nicht allein auf NRW gerichtet bleiben kann. Die Faschisten sind bundesweit aktiv. Wir wollen mit unseren Aktionen auch Anstöße und Anregungen für die Tätigkeit von Antifaschisten an anderen Orten geben, genauso, wie wir an ihren Erfahrungen interessiert sind.

Viele Gründe, die für ein Verbot der Nazi-Organisationen sprechen, wurden auf dem Hearing vorgebracht. Zwei der schlagendsten, gleichzeitig der einfachsten: Man muß den Nazis die Möglichkeit der legalen Rekrutierung neuer Anhänger nehmen. Und: Man muß den reaktionären Kräften in unserem Land, die die Faschisten als „Hilfstruppen“ betrachten, diese Hilfstruppen wegnehmen.

Ein Verbot heißt für uns tatsächliche Auflösung und Zerschlagung der Strukturen der jeweiligen faschistischen Organisation. Die Art „Verbot“, wie sie der Bundesinnenminister bei der ANS/NA praktizierte, ist eine Farce. Sie ermöglichte den ANS-Kadern die Übernahme der FAP und die Fortsetzung ihrer Umtriebe.

Die Tätigkeit dieser Organisationen gehört unterbunden, weil sie Faschisten sind. Wir nehmen ausdrücklich Bezug auf Artikel 139 des Grundgesetzes und nehmen es nicht hin, wenn verantwortliche Politiker diesen Artikel als erledigt abtun wollen.

In diesem Zusammenhang fordern wir

- **vom Rat der Stadt Dortmund:**

Alles zu tun, um Verbot und Zerschlagung der FAP zu erwirken. Wir begrüßen, daß der Rat das Verbot der FAP gefordert hat. Wir meinen, daß bereits jetzt Schritte notwendig und möglich sind, die Tätigkeit der FAP zu unterbinden. Dazu gehört:

Sorge zu tragen, daß die FAP nach dem Auszug aus der Schlosserstraße kein neues Büro eröffnen kann.

Alle Veranstaltungen der Nazis, in Räumen oder auf der Straße, grundsätzlich zu verbieten und unterbinden zu lassen. Wir verweisen auf einen entsprechenden Beschluß des Rates der Stadt Bielefeld. Es gibt keinen Schutzanspruch für Nazis, erst recht nicht für solche, die sich selbst als Nachfolger der ANS und der NSDAP bezeichnen, wie es die FAP tut.

- **Von der Landesregierung NRW:**

In unserem Bundesland die Tätigkeit der FAP zu unterbinden. Wir begrüßen den Einsatz von Landtagsabgeordneten der SPD, die sich für ein Verbot der FAP ausgesprochen und die Landesregierung aufgefordert haben, eine entsprechende Initiative im Bundesrat zu starten, um über diesen das Bundesverfassungsgericht anzufufen. Es gibt allerdings keinen Grund, mit Maßnahmen gegen die FAP zu warten, bis sich im Bundesrat etwas getan hat.

Wenn übrigens Herr Innenminister Schnoor, wie Zeitungsmeldungen vor kurzem zu entnehmen war, noch am Prüfen ist, ob die FAP denn tatsächlich eine Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA sei — **wir haben die Beweise.**

Die FAP ist jetzt schon als Nachfolgeorganisation von ANS und NSDAP zu behandeln. Das heißt für den Landesinnenminister, der in seinem Bereich dafür zu sorgen hat, daß eine solche verbotene Organisation ihre Tätigkeit nicht fortsetzen kann, das auch zu tun.

Schluß mit den Polizeieinsätzen zum Schutz der Faschisten

Die meisten Referate verdeutlichen, wie sehr der den Nazis immer weider gewährte Polizeischutz zum Erfolg und zur Ausweitung ihrer Umtriebe beiträgt. Die Vorfälle bei der Büroeröffnung in der Schlosserstraße sind in dieser Hinsicht nicht einmal in Dortmund der einzige Skandal, sondern Glied in einer langen Kette. Zudem unterstrich besonders der Bericht des Gelsenkirchener Direktors Wilhelm Funcke, daß die Begünstigung der Nazis durch Polizei vor Ort und höchste Dienststellen an der Tagesordnung sind.

Dem treten wir genauso entgegen wie den Nazis selbst. Wir proklamieren unser Recht auf Widerstand gegen die Nazis und wir setzen es um, auch in konkreten Aktionen, ohne um die Erlaubnis der Polizei zu fragen. Wir fordern von den verantwortlichen Politikern in Dortmund und NRW: Machen Sie Schluß mit der Verharmlosung der Polizeieinsätze für Nazis. Ein Toter in Frankfurt — auch das nicht der erste — war schon viel zuviel!

Wir betonen entgegen anderslautenden Stellungnahmen: Die besonders im Zusammenhang mit dem 23.8. von Dortmunder Antifaschisten vorgebrachten Vorwürfe gegen die Polizei sind berechtigt. Sie bedeuten keine etwa unangebrachte „pauschale Verurteilung“ von Polizeibeamten. Und wir fordern auch etwas von Polizeibeamten, die für sich in Anspruch nehmen, sie seien auch gegen die Nazis, seien auch Demokraten, sie hätten nur — leider — ihre Befehle. Sicher, diese Befehle sind kriminell. Aber haben wir vergessen, wozu das Sich-berufen auf den Befehlsnotstand zum Schutz von Nazi-Umtrieben führen kann? Von antifaschistisch gesinnten Polizeibeamten fordern wir dasselbe, was wir von uns fordern: Ihre Gesinnung unter Beweis zu stellen. Trotz drohender Nachteile nicht für die Nazis auf die Straße zu gehen. Und von der Gewerkschaft der Polizei, die immerhin für sich in Anspruch nimmt, Mitglied im DGB zu sein, fordern wir, sich auch wie eine Gewerkschaft zu verhalten, nicht wie eine reaktionäre Standesorganisation — und dazu gehört: keine Entschuldigung unentschuldbarer Polizeiübergriffe, keine Beschönigung der unerhörten Zusammenarbeit von Polizeiorganen und Nazis. Stattdessen Organisierung des Widerstandes dagegen, und dazu gehört auch Arbeitsverweigerung und Streik, wenn der Einsatz zum Schutz der Nazis und gegen antifaschistische Mitbürger und Arbeiter, Gewerkschafter befohlen wird!

Und von den Politikern fordern wir natürlich nicht nur, Polizeieinsätze zugunsten der Nazis nicht zu verharmlosen, sondern sie zu unterbinden. Es ist Sache des Landesinnenministers, damit Schluß zu machen und umgekehrt Polizei gegen die Faschisten in Bewegung zu setzen.

Serie zur Geschichte und Lage der AKW-Politik (Teil II)

AKWs — wie weiter?

In der heutigen zweiten Folge unserer Serie über die AKW-Politik geht es um zentrale Punkte der Sicherheitsdebatte — eine Diskussion, die aus guten Gründen die ganze Zeit eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung um AKWs gespielt hat. Dazu veröffentlichen wir Auszüge aus den Energiegesetzen, die die juristischen Bedingungen dieser Politik und ihrer Verwirklichung verdeutlichen.

Wenn man sich die Eigenwerbung der Kernkraftwerksbauer und -betreiber ansieht, gewinnt man den Eindruck, als hätten diese die Sicherheitsprobleme fest im Griff. Als ein Beispiel für viele seien hier die Ausführungen des der Atomlobby nahestehenden Wissenschaftlers Robert Gerwin über den „größten anzunehmenden Unfall" (GAU) zitiert: „Automobilhersteller erproben die Sicherheit ihrer Fahrzeuge unter anderem mit künstlich herbeigeführten Unfällen, sogenannten Crash-Tests. Diese Methode ist für Kernkraftwerke undenkbar. Hier müssen sich die Sicherheitsüberlegungen auf das theoretische Durchspielen ersonnener Störfälle beschränken. Dazu gehören auch schwerste Betriebsstörungen, die sich in der Praxis noch nie irgendwo auf der Welt ereignet haben und deren Eintreffen auch äußerst unwahrscheinlich ist. Ein solches Gedankenmodell ist der GAU. (...) Er besteht bei Druckwasser- undSiedewasser-Reaktoren darin, daß eines der zum Reaktor führenden dickwandigen Druckwasser- oder Dampfrohre schlagartig abreißt. Dadurch würde das Wasser im Reaktordruckgefäß plötzlich vom normalen Betriebsdruck entlastet und sehr schnell verdampfen.

Das doppelwandige Reaktorgebäude könnte diesen inneren Druckanstieg ohne weiteres auffangen. Es wäre auch undenkbar, daß Teile des Rohrsystems mit Wucht fortgeschleudert würden und die Sicherheitshülle des Reaktorgebäudes beschädigten. Die dicke Betonabschirmung des Reaktors würde das verhindern. Die Energieerzeugung des Cores bräche in diesem Fall sofort ab, weil die Sicherheitsstäbe in Funktion träten, zum anderen, weil der Wasserverlust die Kettenreaktion abreißen ließe. Dann würde sofort die Reservekühlung einsetzen und verhindern, daß sich die Brennstäbe der Brennelemente zu stark aufheizten und platzten. Das Notkühlsystem würde einerseits aus besonderen Behältern gespeist, zum anderen würde es das Reaktorkühlwasser benutzen, das sich unten im Reaktorgebäude sammelt. Ein spezielles Kühlsystem würde dafür sorgen, daß aus diesem Wasser die Abfallwärem nach außen abgeführt wird. Mit anderen Worten: Dieser Gau hätte keinerlei Folgen für die Umgebung des Kernkraftwerks. Selbst die im Kraftwerk Beschäftigten blieben ausreichend geschützt. (...)

Zu einer Gefährdung für die Umgebung könnte es erst kommen, wenn zu dem beschriebenen Schadensablauf noch weitere höchst unwahrscheinliche Ereignisse hinzuträten. Es müßten z. B. gleichzeitig das Reserve-Kühlsystem versagen, das Containment (= Eindämmungsvorrichtung — KD) beschädigt werden und die Abluftreinigung ausfallen. Und selbst dann würde es noch sehr von der Wetterlage und der Art und der Menge der freigesetzten radioaktiven Stoffe abhängen, wieweit Menschen zu Schaden kämen. Dieser Super-Störfall ist nahezu unvorstellbar unwahrscheinlich. Das Problem bei allen Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen ist nur, daß sich im voraus nicht absehen läßt, wann ein solches Ereignis eintritt. Ebensowenig weiß man, ob es überhaupt dazu kommt." (13)

Dies ist geschrieben zu einem Zeitpunkt, als es bereits die erste große Auseinandersetzung um den Bau eines Kernkraftwerks, nämlich bei Wyhl, gegeben hat. Und es zielte darauf, den im Laufe der dabei geäußerten Sicherheitsbedenken den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Kein Risiko?

Noch drei Jahre später (1979) erklärte der Historiker des teilstaatlichen Energieversorgungsunternehmens Veba (Vereinigte Energie- und Bergbau-AG), Heiner Radzio, in Reaktion auf die Auseinandersetzungen um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf:

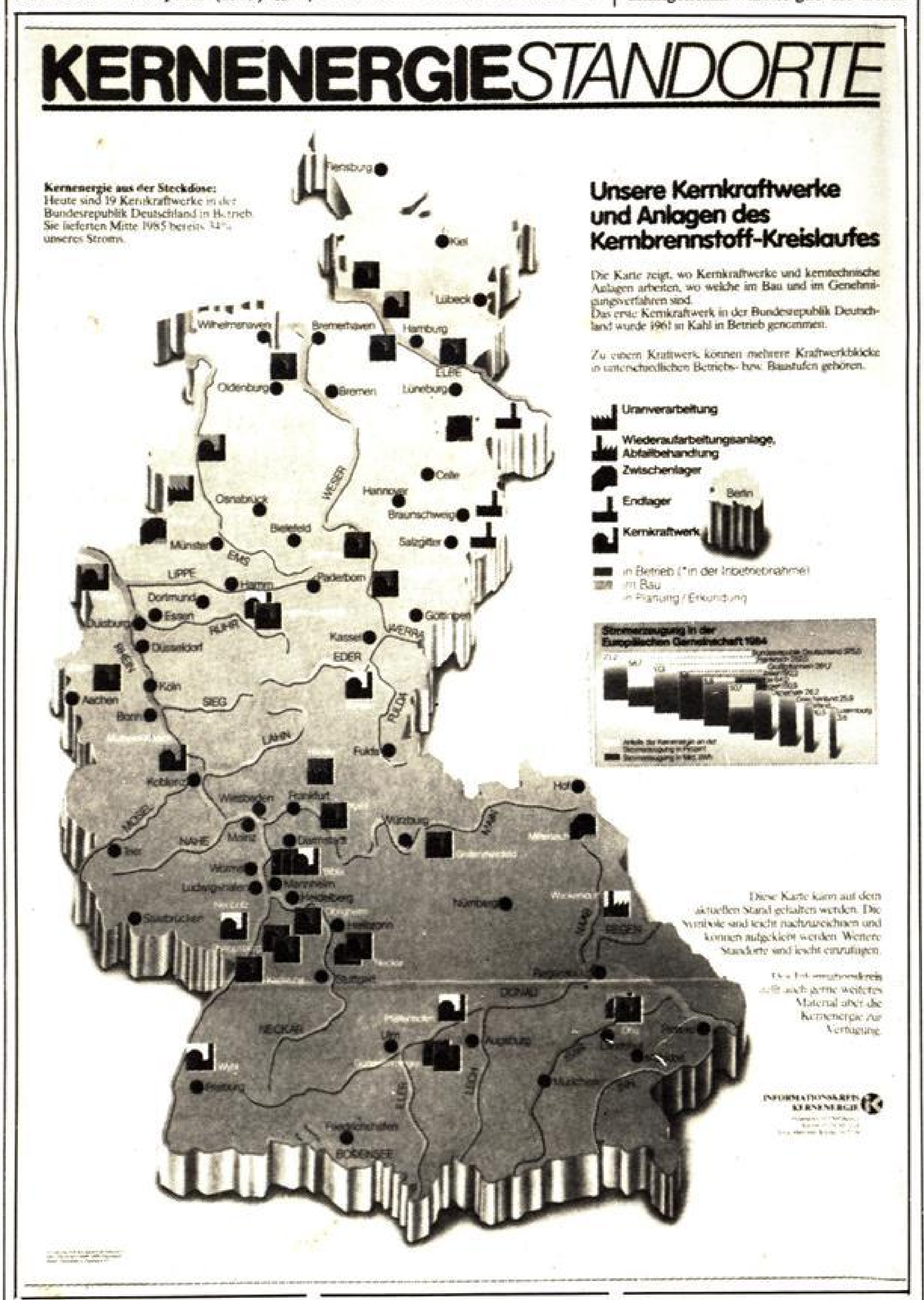
„Waren die Risiken der Kernenergie plötzlich denn so viel größer geworden als zuvor? Gab es nicht schon 1976 mehr als 150 Kernkraftwerke in der Welt — bis zum Herbst 1979 sind fast 240 Anlagen in Betrieb gegangen — und in der Bundesrepublik inzwischen immerhin schon zwölf, die durchweg die geforderten Leistungen brachten, ohne daß sie völlig störungsfrei liefen wie andere Anlagen auch? Dabei ist es bei kommerziell betriebenen Kernkraftwerken bisher noch zu keinem tödlichen Unfall im Nuklearbereich gekommen. Gewiß gibt es gute Gründe, die Kernenergie überhaupt in Frage zu stellen. Harrisburg hat viele verschreckt, wobei allerdings auch hier festzustellen bleibt, daß gottlob die Schreckens-Visionen in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Gefahren-Potential standen. Zweifellos aber birgt die Kernenergie Gefahren. Aber noch nie haben sich Menschen so angestrengt, um die Gefahrenquellen eben nicht virulent (= giftig — KD) werden zu lassen. Eine bisher noch nicht gekannte Sicherheitstechnologie wurde entwikkelt und wird weiter verbessert. Gerade der sich abzeichnende Ölmangel macht den stärkeren Einsatz der Kernenergie (...) unabwendbar. Daneben bleibt die Frage wichtiger, als sie von den Kernkraft-Gegnern in der Regel gehalten wird, nämlich ob sich gerade die auf den Export so sehr angewiesene deutsche Wirtschaft von der Ausnutzung der friedlichen Anwendung der Kernenergie abwenden soll, während die meisten übrigen Industrienationen deren Verwendung forcieren, so nicht zuletzt im kommunistischen Ostblock." (14) Hier wird bereits deutlich die eigentliche Begründung dafür geliefert, warum diese Kräfte so sehr bestrebt sind, die Frage der Sicherheit nicht allzu sehr in den Vordergrund treten zu lassen und bestimmte Sachverhalte durch geschickte Wortwahl zu beschönigen. Inzwischen war immerhin etwas passiert, was den Atomlobbyisten bei ihrer Propaganda unangenehm war: es gab die ersten Todesfälle bei einem Kernkraftwerk. Die lange Zeit der Öffentlichkeit vorgegaukelte Behauptung von der fast absoluten Sicherheit der Kernkraftwerke hatte Risse bekommen:

Die ersten Toten

„Die ersten Todesfälle in deutschen Reaktoren traten ... (1975 — KD) auf. Das IRS (= Institut für Reaktorsicherheit — KD) schrieb dazu (...): ‚Am 19.11.1975 um 10.45 Uhr ereignete sich im Kernkraftwerk Gundremmingen der RWE Bayernwerk GmbH (...) ein Unfall, bei dem 2 Schlosser durch ausströmenden Dampf ums Leben kamen. Der 237-MWe-Zweikreissiedewasserreaktor im Zwangsumlauf (Inbetriebnahme Dezember 1966) war zur Durchführung von Reparaturen in der Freiluftanlage, am Turbinenkondensator sowie zu sonstigen kleineren Reparaturarbeiten bereits 4 1/2 Stunden vor Eintritt des Unfalls abgeschaltetworden.' (IRS Kurzinformation, Austritt von radioaktivem Dampf im Primärreinigungssystem des Kernkraftwerks Gundremmingen) ‚Die beiden Schlosser hatten den Auftrag gehabt, in einer mit dem Heißwasserkreislauf verbundenen Hochdruckleitung ein schon länger vorhandenes Leck an einem Schieber zu reparieren. Sie mußten dazu durch eine kleine Luke in einen engen Raum hinabklettern und dort — wie üblich — ohne Hitzeschutzanzüge an der 280°C heißen Hochdruckleitung ohne zureichende Absperrung zum Reaktor hin arbeiten. Die Schlosser hatten Anweisungen zu befolgen, die Grundregeln des Arbeitsschutzes außer acht ließen. Plötzlich hervorschießendes überhitztes Wasser tötete einen von ihnen sofort. Der zweite, der sichnoch mit fremder Hilfe aus dem Raum retten konnte, wurde bis dahin so schwer verbrüht, daß er am nächsten Morgen auch starb. Die vorher für überflüssig gehaltene Sicherheitsabsperrung erfolgte erst, nachdem die Kraftwerkswarte telefonisch durch einen weiteren Arbeiter alarmiert worden waren. Da waren schon 500 bis 800 l Wasser aus dem Primärkreislauf ausgeströmt und hatten das Innere des Reaktorgebäudes in Dampf gehüllt.' (K. Batjer u.a., Studie Bremer Physiker über Reaktorunfall in Gundremmingen)." (15)

Der Fall wurde in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Zur Studie der Bremer Wissenschafter schrieb damals die Frankfurter Rundschau (14.7.76): „Ohne sich zur Schuldfrage konkret zu äußern, halten die Wissenschaftler das sichtbar gewordene Ausmaß von Verstößen ‚nicht allein für Gundremmingen typisch', sondern, wie sich bei der Untersuchung herausgeschält habe, ‚allerorts gang und gäbe'. (...) ‚**Es waren zu viele Reparaturen gleichzeitig auszuführen, so daß verschiedene Schutzsysteme blockiert waren**', meint Bleck (einer der Bremer Wissenschaftler — KD) hierzu. Mit der eingeplante Zeit nach Abschalten des Reaktors hätte beispielsweise ein Abkühlen des 280°C heißen radioaktiven Dampfes auf 150°C erlaubt, so daß ein eigens für solche Fälle vorgesehener Kühlkreislauf hätte eingesetzt werden können." Die Tatsache, daß der ausgetretene Dampf radioaktiv war, wurde nach Möglichkeit geflissentlich heruntergespielt, damit man den Unfallort theoretisch außerhalb des Nuklearbereiches ansiedeln und zu einem ganz konventionellen Geschehnis erklären konnte.

Fortsetzung auf Seite 12



Von den in dieser *Karte* (Eigenwerbung der Atomindustrie) als arbeitend angegebenen AKW sind vier bereits wieder dichtgemacht worden. Das AKW Niederaichbach, das bereits nach 18 Tagen, in denen es Strom ins Netz eingespeist hatte, wegen umfangreicher Brennelementschäden abgeschaltet werden mußte, abgerissen werden mußte (Strohm, S. 97), wird in der Karte nicht aufgeführt. Holger Strohm ermittelte als durchschnittliche Lebensdauer eines AKW 15—25 Jahre.

Fortsetzung von Seite 11

„Das AKW Gundremmingen kam (...) nicht zur Ruhe. Am 13. Januar 1977 schaltete sich der Reaktor **nach Blitzschlag und mehreren Kurzschlüssen** aus. Die Kurzschlüsse gingen auf Isolatorbrüche zurück, die durch einen Kälteeinbruch verursacht worden waren. Der ‚Spiegel' (Nr. 46, 13. 11. 78) schrieb dazu, daß als Folge **200 Tonnen radioaktives Wasser** aus dem Druckgefäß ins Reaktorgebäude drangen. Daraufhin verlangten die Genehmigungsbehörden eine Modernisierung des Sicherheitssystems." (16)

Wirtschaftlichkeit contra Sicherheit

Anders ausgedrückt: Trotz der deutlichen Gefahr wurden Sicherheitsvorkehrungen außer acht gelassen, um den Betrieb des Kraftwerks möglichst rentabel zu gestalten. Die Wirtschaftlichkeit hatte deutlich Vorrang vor der Sicherheit. Der bereits zitierte Veba-Historiker Radzio beispielsweise beklagt die Schwerfälligkeit der Entscheidungsprozesse bei den Genehmigungsbehörden bzw. Gerichten:

„Bisher war dieses Kernkraftwerk (gemeint ist der Druckwasserreaktor Esensham am Unterlauf der Weser — KD) eine sehr kostspielige Angelegenheit, und zwar nicht, weil Störungen im Betriebsablauf aufgetreten waren, sondern weil diese Anlage fast zwei Jahre betriebsbereit und mit voller Mannschaft auf die Indienstnahme warten mußte.

Bei einer Investitionssumme von 1,2 Milliarden DM für dieses 1 230-MW-Kernkraftwerk kostete diese unfreiwillige Wartezeit bis zur endgültigen Betriebsgenehmigung etwa 300 Millionen DM, denn Zinsen und Kapitaldienst waren zu leisten, während der Strom (...) aus teureren Primärenergiequellen erzeugt werden mußte als aus dem angereicherten Uran im Druckwasser-Reaktor dieses Kraftwerks.

Der Vorstandssprecher der Preußenelektra, Dr. Ulrich Segatz, ist davon überzeugt, daß das Unternehmen ab 1979 die Früchte der Arbeit ernten wird, die in den schwierigeren Vorjahren geleistet wurde. Und er glaubt, deutliche Anzeichen dafür zu erkennen, daß die schwersten Jahre der Auseinandersetzungen über den Einsatz der Kernenergie für die Stromerzeugung vorüber sind, daß mehr Vernunft und ruhigeres Abwägen anstelle von gefühlsbetonten Reaktionen und unüberlegten Handlungen getreten sind. In der Tat ist kein anderer Stromkonzern auf die Lösung der Frage, wie es mit der Kernenergie in der Bundesrepublik weitergehen wird, stärker angewiesen als die Preußenelektra." (17)

Während es im Geschäftsbericht 1957/58 noch geheißen hatte, daß „die Einplanung der Atom-Energie in die allgemeine Energie-Bilanz (...) nach Auffassung der Preußenelektra nicht früher erfolgen" könne, als der Nachweis ihrer Wirtschaftlichkeit wenigstens näherungsweise erbracht sei, plante man für 1979 bereits die Erzeugung von fast einem Drittel der Stromerzeugung „der Preußenelektra und ihrer Tochtergesellschaft (...) (NWK) in den vier Kernkraftwerken (...), die dem Konzern entweder ganz gehören, das sind Stade, Würgassen und Unterweser, oder zu einem Teil, nämlich Brunsbüttel. (...) Das Kernkraftwerk Krümmel mit 1 260 MW, in das sich NWK und HEW zur Hälfte teilen, könnte schon fertig sein, wenn der Bau nicht durch sich hinschleppende Genehmigungsverfahren verzögert worden wäre. Dadurch hat sich die Übergabe auf Ende 1981/82 verschoben. Völlig ungeklärt ist (...) indes die Lage beim Kernkraftwerk Brokdorf (...)" (18)

Hier sei „in der löblichen Absicht, in diesem industriell unterentwickelten Raum mehr Arbeitsplätze zu schaffen, (...) nach Einschätzung breiter Bevölkerungskreise des Guten schon zu viel getan worden." Man habe die „erhöhte Sensibilität der Bürger gegenüber ihrer Umwelt" zu wenig berücksichtigt. So hätten „politisch äußerst links stehende Gruppierungen" „die Unwissenheit, Unsicherheit und auch die Angst, die in manchen Teilen der Bevölkerung gegenüber der Kernenergie bestand und besteht, (...) geschickt ausgenutzt" und „die von der Mehrheit der Bürgerinitiativen gegen den Bau (...) friedlich geplanten Demonstrationen (...) mißbraucht, um dem verhaßten Staat bei dieser Gelegenheit ‚massenhaft' die Zähne zu zeigen — allerdings zumeist hinter vermummten Gesichtern." (19) So hätten sich „regelrechte Schlägertrupps (...) am 13. 11. 1976 unter die etwa 25 000 überwiegend friedlichen Demonstranten" gemischt. Von 3 000 Linksextremisten ist die Rede, die aus Hamburg und Bremen angereist seien, um das Baugelände zu stürmen. Die Eskalation der Gewalt habe nicht nur die Öffentlichkeit in der BRD, sondern auch im benachbarten Ausland erregt „wie kaum ein Ereignis der Nachkriegszeit in unserem Lande". Hier habe sich die „frustrierte Linke, die nach der ergebenden Zeit der großen Studentenbewegung (...) schon lange neue Erfolgserlebnisse vermißte und nun rücksichtslos ausbeutete, was sich ihr an Gelegenheit anbot", ausgetobt. Ihnen seien „gutgläubige Vertreter von Bürgerinitiativen ebenso wie besorgte Bauern und naive Pastöre" auf den Leim gekrochen.

Während in diesem Bericht noch von in erster Linie psychologischen Problemen von AKW-Gegnern und deren angeblicher Ausnutzung durch „Linksextremisten" die Rede ist, wird der „Störfall von Harrisburg" nur einer Randbemerkung für würdig befunden. In Wirklichkeit hat dieser an einem Leichtwasserreaktor in den USA aufgetretene Störfall jedoch Anlaß zu Beunruhigung in mehrfacher Hinsicht gegeben. Was war geschehen?

„Am 28. März 1979 um 4 Uhr morgens ereignete sich auf der Zwei-Reaktoren-Kernkraftanlage Three Mile Island bei Middletown, Pennsylvania, ein schwerer Unfall. Der Unfall wurde zunächst durch maschinelle Fehlfunktionen im Reaktor ausgelöst. Bei den Versuchen, sie zu beheben, wurde der Unfall durch verschiedene menschliche Fehler noch wesentlich verschlimmert (...). Während der nächsten vier Tage wurden dem Betreiber des Reaktors, den bundesstaatlichen und (einzel-) staatlichen Behörden und der Öffentlichkeit das Ausmaß und die Schwere des Unfalls nicht deutlich. Daher entstanden später auf nationaler und internationaler Ebene ernste Besorgnisse um die Sicherheit der Kernkraft. Als eine Antwort wurde diese Kommission eingesetzt."

So heißt es im Vorwort des offiziellen Berichts, der vom Präsidenten der USA eingesetzten Kommission über den Reaktorunfall auf Three Mile Island (19a).

Nach mehrtägiger fieberhafter Arbeit der Sicherheitsingenieure konnte schließlich der Öffentlichkeit am 2. 4. 1977 mitgeteilt werden, daß die akute Gefahr gebannt sei. Das vorgesteuerte Ablaßventil am Druckhalter hätte sich zwar bei Druckanstieg geöffnet, aber beim Druckabfall nicht wieder geschlossen (während auf der Anzeige in der Schaltwarte jedoch das Schließsignal gegeben war). Etwa zwei Stunden lang floß daher Kühlmittel ab (rund ein Drittel der vorhandenen Kapazität). (Bis dahin hatte die NRC bei ihren Genehmigungsverfahren für den Betrieb von Reaktoren der Möglichkeit eines kleinen Kühlmittelverluststörfalls (LOCA) kaum Beachtung geschenkt.)

Aufgrund des Druckabfalls hatte das Hochdruckeinspeisungssystem automatisch den Betrieb aufgenommen, war jedoch von den Reaktorfahrern (in dem Bestreben, einen bestimmten Wasserstand im Druckhalter beizubehalten) in Unkenntnis der Ursache für sein Inbetriebgehen gedrosselt worden. Infolgedessen bildeten sich im Reaktor Dampfblasen, die den weiteren Zutritt von Kühlflüssigkeit verhinderten, und der Reaktorkern war eine Zeitlang nicht von Wasser bedeckt und wurde schwer beschädigt (wobei Art und Umfang dieses Schadens zur Zeit des Berichts noch unklar waren). Die Jodfilter im Hilfsanlagen- und im Brennelementgebäude waren offenbar nicht so wirksam, wie sie hätten sein müssen, es traten zwischen dem 28. 3. und dem 27. 4. etwa 13—17 Curie Jod und 2,4—13 Mill. Curie Edelgas (beides radioaktiv) in die Atmosphäre aus. Zu dem Ausmaß des Unfalls stellt die Kommission fest:

„Wie schwer war nun eigentlich dieser Unfall? Wir haben die gesundheitlichen Auswirkungen des Unfalls untersucht. Trotz der schweren Beschädigung des Kraftwerks wurde der größte Teil der Radioaktivität zurückgehalten, und die tatsächliche Freisetzung wird kaum Auswirkungen auf die physische Gesundheit einzelner Menschen haben. Die größte gesundheitliche Auswirkung des Unfalls lag in dem Streß, der aus ihm folgte.

Die Radioaktivität, der einzelne Personen außerhalb des Kraftwerks ausgesetzt waren, war sehr gering. Allerdings können auch geringe Mengen Radioaktivität später zu Krebs, genetischen Fehlentwicklungen oder zu Mißbildungen bei Kindern von zur Zeit des Unfalls schwangeren Frauen führen. Es gibt keinen direkten Weg, die gesundheitlichen Gefahren geringer Radioaktivität zu messen. Deshalb muß das Ausmaß der Gefahr indirekt eingeschätzt werden." (19b)

Ein Test

Zu diesem Zeitpunkt lag bereits der amerikanischen Öffentlichkeit eine Studie des Atomwissenschaftlers Ernest Sternglass über „Radioaktive ‚Niedrig'-Strahlung" vor, der anhand zahlreicher „kleinerer" Atom-

Fortsetzung auf Seite 13

Atomgesetze Kurz kommentiert

Hier zur Erläuterung der Gesetzestext aus dem Atomgesetz (Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren vom 23. Dezember 1959 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976):

„§ 36 Aufteilung der Freistellung zwischen Bund und Ländern. Der Bund trägt die sich aus § 34 ergebende Freistellungsverpflichtung zu 75 vom Hundert. Im übrigen wird sie von dem Land getragen, in dem die Kernanlage, von der das nukleare Ereignis ausgegangen ist, sich befindet." Um zu verstehen, was mit „Freistellungsverpflichtung" gemeint ist, muß zuvor der Paragraph über die Haftung für Kernanlagen herangezogen werden:

„§ 25 Haftung für Kernanlagen.

(1) Beruht ein Schaden auf einem von einer Kernanlage ausgehenden nuklearen Ereignis, so gelten für die Haftung des Inhabers der Kernanlage ergänzend zu den Bestimmungen des Pariser Übereinkommens die Vorschriften dieses Gesetzes. Das gleiche gilt, wenn ein Schaden durch die ionisierende Strahlung einer sonstigen in der Kernanlage befindlichen Strahlenquelle verursacht worden ist.

(2) Hat im Falle der Beförderung von Kernmaterialien einschließlich der damit zusammenhängenden Lagerung der Beförderer durch Vertrag die Haftung anstelle des Inhabers einer im Geltungsbereich dieses Gesetzes gelegenen Kernanlage übernommen, gilt er als Inhaber einer Kernanlage vom Zeitpunkt der Haftungsübernahme an. Der Vertrag bedarf der Schriftform. Die Haftungsübernahme ist nur wirksam, wenn sie vor Beginn der Beförderung oder der damit zusammenhängenden Lagerung von Kernmaterialien durch die nach § 4 zuständige Behörde auf Antrag des Beförderers genehmigt worden ist. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Beförderer im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Frachtführer zugelassen ist oder als Spediteur im Geltungsbereich dieses Gesetzes seine geschäftliche Hauptniederlassung hat und der Inhaber der Kernanlage gegenüber der Behörde seine Zustimmung erklärt hat.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 3 Abs. a Unterabs. ii Nr. 2 des Pariser Übereinkommens über den Haftungsausschluß bei Schäden am Beförderungsmittel sind nicht anzuwenden.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 9 des Pariser Übereinkommens über den Haftungsausschluß bei Schäden, die auf nuklearen Ereignissen beruhen, die unmittelbar auf Handlungen eines bewaffneten Konflikts, von Feindseligkeiten, eines Bürgerkrieges, eines Aufstandes oder eine schwere Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art zurückzuführen sind, sind nicht anzuwenden. Tritt der Schaden in einem anderen Staat ein, so gilt Satz 1 nur, soweit der andere Staat zum Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses im Verhältnis zur BRD eine nach Art, Ausmaß und Höhe gleichwertige Regelung sichergestellt hat.

(5) Der Inhaber einer Kernanlage haftet ohne die in Artikel 2 des Pariser Übereinkommens vorgesehene räumliche Begrenzung.

(6) Der Inhaber einer Kernanlage haftet nicht nach dem Pariser Übereinkommen, sofern der Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht wurde, das auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die in Anlage 2 zu diesem Gesetz bezeichnet sind."

Vor diesem Hintergrund muß die Freistellungsverpflichtung verstanden werden:

„§ 34 Freistellungsverpflichtung.

(1) Haben sich infolge von Wirkungen eines nuklearen Ereignisses gesetzliche Schadensersatzverpflichtungen des Inhabers einer im Geltungsbereich dieses Gesetzes gelegenen Kernanlage nach den Bestimmungen des Pariser Übereinkommens in Verbindung mit § 5 Abs. 1 bis 5 oder auf Grund des auf den Schadensfall anwendbaren Rechts eines fremden Staates ergeben, so ist der Inhaber von Schadensersatzverpflichtungen freizustellen, soweit diese von der Deckungsvorsorge nicht gedeckt sind oder aus ihr nicht erfüllt werden können. Die Freistellungsverpflichtung beschränkt sich auf die in § 31 Abs. 1 genannten Höchstbeträge abzüglich des Betrages, in dessen Höhe die entstandenen Schadensersatzverpflichtungen von der Deckungsvorsorge gedeckt sind und aus ihr erfüllt werden können.

(2) (...)"

Nach § 31 Abs. 1 wird die Haftung des Inhabers einer Kernanlage nach dem Pariser Übereinkommen (...) „auf eine Milliarde Deutsche Mark je Schadensereignis begrenzt". Der Text der in § 25 (6) genannten „Anlage 2" lautet: „Anlage 2. Haftungs- und Deckungsfreigrenzen. § 4 Abs. 3, § 4b Abs. 2 und § 25 Abs. 6 erfassen Kernbrennstoffe oder Kernmaterialien, deren Aktivität oder Menge

1. in dem einzelnen Beförderungs- oder Versandstück oder 2. in dem einzelnen Betrieb oder selbständigen Zweigbetrieb, bei Nichtgewerbetreibenden an dem Ort der Ausübung der Tätigkeit des Antragstellers das 10^5fache der Freigrenze nicht überschreitet und die bei angereichertem Uran nicht mehr als 350 Gramm Uran 235 enthalten. Freigrenze ist die Aktivität oder Menge, bis zu der es für den Umgang einer Genehmigung oder Anzeige nach diesem Gesetz oder einer darauf beruhenden Rechtsverordnung nicht bedarf." (9)

Zum Schluß seien noch einige einschlägige Paragraphen aus dem Pariser Atomhaftungsübereinkommen (Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie vom 29. Juli 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 1976) wiedergegeben. Dieses Übereinkommen wurde geschlossen zwischen den Regierungen folgender europäischer Staaten: BRD, Österreich, Belgien, Dänemark, Norwegen, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Schweden, Schweiz und Türkei.

„Art. 3 Haftungsbereich.

(a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für:

(i) Schaden an Leben oder Gesundheit von Menschen und

(ii) Schaden an oder Verlust von Vermögenswerten, ausgenommen

1. die Kernanlage selbst und jegliche Vermögenswerte auf deren Gelände, die im Zusammenhang mit der Anlage verwendet werden oder verwendet werden sollen,

2. in den Fällen des Artikels 4 die Beförderungsmittel, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben,

wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden oder dieser Verlust (im folgenden ‚Schaden' genannt) durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das entweder auf Kernbrennstoffe oder auf radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle, die sich in der Kernanlage befinden, oder auf Kernmaterialien zurückzuführen ist, die aus der Kernanlage stammen, soweit Artikel 4 nichts anderes bestimmt.

(b) (...)"

„Art. 8 Verjährung.

(a) Der Anspruch auf Entschädigung gemäß diesem Übereinkommen erlischt, wenn eine Klage nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis erhoben wird. (...)" Mit anderen Worten: Bei Langzeitschäden, die erst nach dieser Zeit auftreten, tritt Verjährung in Kraft, es sei denn, daß binnen der in Absatz (a) vorgesehen Frist Klage eingereicht worden ist (Absatz d).

„Art. 9 Haftungsausschluß.

Der Inhaber einer Kernanlage haftet nicht für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, wenn dieses Ereignis unmittelbar auf Handlungen eines bewaffneten Konfliktes, von Feindseligkeiten, eines Bürgerkrieges, eines Aufstands oder (...) auf eine schwere Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art zurückzuführen ist." (10) Gedacht werden könnte hier insbesondere an Erdbebenfolgen.

Fortsetzung von Seite 12

unfälle in den USA den Folgen insbesondere bei Kindern und Ungeborenen nachgegangen war. Dies mußte die Kommission bei ihrer oben gemachten Aussage berücksichtigen. Dort heißt es über einen unterirdischen Atombombenversuch in Nevada:

„Am 18. Dezember 1970 (...) führte die US Atomic Energy Commission (AEC) auf dem Testgelände in Nevada einen unterirdischen Atomwaffentest mit dem Kodenamen ‚Baneberry‘ durch. Diese Bombe von Hiroshimagröße wurde in etwa 300 m Tiefe gezündet. Die Explosion öffnete einen Riß in den Felsen, und große Mengen Radioaktivität gingen in die Atmosphäre. In der Nähe des Testgeländes erzeute die langsam abtreibende Wolke mit dem radioaktiven Staub auf der Erdoberfläche Werte von 25 rad (aufgenommene Röntgendosis — KD) pro Stunde. Einige hundert Angestellte wurden zu stark bestrahlt und mußten schnellstens evakuiert werden.

Kurz nach dem Unglück benachrichtigten die AEC-Abteilung für Biologie und Medizin und das Gesundheitsamt des Staates Utah eine Gruppe Falloutspezialisten von der Universität Utah, die unter Vertrag mit der AEC arbeiteten. Diese Gruppe (...), die seit langem vor den Gefahren durch radioaktives Jod für die kindliche Schilddrüse gewarnt hatte, fing sofort damit an, die Richtung und die Stärke der radioaktiven Wolke zu bestimmen. Von der Wetterdienststelle Salt Lake erhielten sie die Windrichtungen zur Zeit der Explosion, von der Dienststelle ‚Nevada Operations‘ erfuhren sie, daß die radioaktive Abgabe zu einer Zeit stark wechselnder Winde geschah, als die Winde in unterschiedlichen Höhen in verschiedene Richtungen wehten. (...) Nachdem die Richtung des Fallouts (= des radioaktiven Niederschlags — KD) bekannt war, konnten die Proben-Entnahme-Stationen, die, seitdem die Gefahr durch den Fallout in der Milch bekannt geworden war, überall in den USA aufgebaut wurden, die Radioaktivitätsmessungen in der Luft und am Boden aufnehmen. (...) Jetzt gab es auch keine Probleme bei der Ermittlung der inneren Strahlendosis. (...)

Nach den Ergebnissen der Laboratorien waren die beherrschenden, gammastrahlenden Isotope des Baneberry-Fallouts das kurzlebige, intensiv radioaktive Jod-131 und Jod-133. Diese wurden in den Lungen, in den Schilddrüsen, in den Mägen und in den Föten des Rehwilds und der Schafe (die vorher geschossen und zu den Labors gebracht worden waren — KD) wie auch im Schnee, in der Milch und in den Pflanzen gefunden. (...) Wie sich herausstellte, waren (...) die Vorhersagen, wohin der Fallout treiben würde, falsch gewesen. Die dicksten Wolken zogen nach Norden und Nordosten in die Staaten Idaho, Washington und Montana, wo Regen- und Schneefälle viel mehr Radioaktivität als in Utah niederbrachten. Durch den Baneberry-Fallout wurden in den nördlichen Staaten der USA große Cäsium-137-Zunahmen in der Milch gemessen (...). Die Daten für die Bodenradioaktivität zeigten auch, daß der Fallout bis nach Kanada getrieben war und die Abmachungen des Teststoppabkommens von 1963 verletzte, das Atomtests verbietet, die die Radioaktivität über die Landesgrenzen des durchführenden Landes hinaus abgeben. Was aber die Öffentlichkeit betraf, gab es nur die folgende AEC-Erklärung (...):

‚Die Commission (AEC) sagte, daß die Radioaktivität so gering war, daß sie keine Gefahr darstellte. Sie wurde in mehreren tausend Meter Höhe festgestellt, und nur allergeringste Spuren der radioaktiven Verseuchung gelangten zu Boden (...). Die AEC sagte, daß der Fallout an keinem Ort außerhalb des unmittelbaren Testgeländes für das menschliche Leben oder für die menschliche Gesundheit gefährlich war.‘

Im Frühjahr (...) 1971 trug unsere Gruppe die Daten der Radioaktivität in der Luft, in der Milch und auf dem Boden vor und nach dem Baneberry-Test zusammen. Diese wurden dann mit den Daten der Sterblichkeitsraten der nach der Explosion geborenen Kinder korreliert, wie sie in den monatlichen Ausgaben der Vital Statistics (= eine Art standesamtliches Erfassungssystem — KD) der USA angegeben sind. In all den Staaten, in denen die Gesamtradioaktivität am höchsten anstieg — in Idaho, Montana, Oregon, Nevada, Washington und Nebraska und selbst in so weit entfernten Staaten wie Minnesota und Maine — stieg auch die Kindersterblichkeit während der ersten drei Monate nach dem Test steil an. In den anderen Staaten der USA nahm dagegen die Sterblichkeit weiter ab.“ (19c)

So viel nur zur Relativierung der Aussage der Präsidenten-Kommission über die geringe Gefahr durch die radioaktive Niedrigstrahlung nach dem Störfall von Harrisburg. Hinsichtlich der Vorbereitungsmöglichkeiten für eine eventuell notwendige Evakuierung der Bevölkerung kommt diese Kommission zu einem vernichtenden Urteil:

„Ein weiterer Teil unserer Nachforschungen beschäftigt sich damit, ob die verschiedenen Behörden genügend auf Notfälle vorbereitet waren und ob ihre Reaktionen auf den eingetretenen Notfall ausreichten. Wir mußten beide Fragen verneinen.

Wir waren sowohl von der höchst unterschiedlichen Qualität der Pläne für den Notfall als auch von den unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen bei solchen Unfällen mit möglicher Freisetzung von radioaktivem Material beunruhigt. (...) Bei den Lokalbehörden rings um Three Mile Island fanden wir überhaupt keine detaillierten Pläne. Eine der Merkwüdigkeiten der Ereignisse besteht darin, daß die wichtigsten Planungen der Lokalbehörden erst während des Unfalls entstanden. (...)

Ein zentraler Punkt in der augenblicklichen Politik der NRC (= Bundesgenehmigungsbehörde ‚Nuclear Regulatory Commission‘ für den Betrieb eines Atomkraftwerks in den USA - KD) ist die Vorstellung, daß Reaktoren in einer ‚low population zone‘ (LPZ) (= Gebiet mit geringer Bevölkerungsdichte — KD) gebaut werden sollten, d.h. in einem Gebiet, in dem die notwendigen Schutzmaßnahmen für die Bewohner in einem Notfall auch durchgeführt werden können. Ein solches Konzept ist wirklichkeitsfremd und oberflächlich. (...) In dem LPZ-Plan gibt es einige entscheidende Fehler. Erstens wegen der extrem hohen Dosis umfaßt bei den meisten Kernkraftwerken die LPZ ein sehr kleines Gebiet, bei TMI (Three Mile Island) 3 km. Zweitens, wenn ein so ernsthafter Unfall, wie in dem LPZ-Plan angenommen, stattfindet, werden viele Menschen außerhalb der LPZ sicherlich geringeren, aber immer noch sehr großen Dosen von Radioaktivität ausgesetzt sein. Drittens zeigt der TMI-Unfall, daß die LPZ für den Schutz der Öffentlichkeit sehr wenig Bedeutung hat — die NRC selbst plante eine Evakuierung innerhalb einer 30-km-Zone, obwohl der Unfall viel kleiner war als im LPZ-Plan angenommen.“ (19d)

Holger Strohm kommt in seiner Dokumentation zu dem Ergebnis: „In Harrisburg wurde eine Evakuierung der Bevölkerung aus politischen Gründen verhindert, obgleich dort die Menschen in vier Richtungen evakuiert werden können und die Bevölkerungsdichte in den USA etwa elfmal geringer ist als in der BRD.“ (19e)

Kein BRD-Harrisburg?

In der BRD wurde nach dem Störfall von Harrisburg — schon zu einem Zeitpunkt, wo noch unklar war, worin eigentlich die Ursache für den Unfall bestand — offiziell erklärt, daß bei uns dergleichen nicht passieren könne, da die Sicherheitsvorkehrungen in der BRD sehr viel besser seien als in den USA. Immerhin wurde daraufhin von der Bundesregierung eine Risikostudie in Auftrag gegeben, die 1979 unter dem Titel „Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke. Eine Untersuchung zu dem durch Störfälle in Kernkraftwerken verursachten Risiko“ vom Bundesinnenministerium für Forschung und Technologie veröffentlicht wurde.

„Diese Deutsche Risikostudie entstand zum einen aus der grundsätzlichen Frage nach dem Störfallrisiko deutscher Kernkraftwerke für die Bevölkerung in der Bundesrepublik, zum andern aus der sich bei erreichtem Kenntnisstand ergebenden Frage, inwieweit die Ergebnisse der amerikanischen Studie (gemeint ist der 1974 von der NRC herausgegebene Bericht ‚WASH-1400‘ von Prof. Norman Rasmussen, dessen Aussage über mögliche kleine Kühlmittelverluststörfälle von dem Bedienungspersonal bei Harrisburg unbeachtet geblieben war — KD) auf deutsche Verhältnisse übertragen werdenkann. Es wird zwar in den USA und in der BRD zur kommerziellen Stromerzeugung mit dem Leichtwasserreaktor ein technisch weitgehend gleicher Anlagentyp eingesetzt, doch gibt es eine Reihe von Gründen, die eine unmittelbare Übertragung der amerikanischen Ergebnisse auf deutsche Verhältnisse nicht zulassen. Vor allem zwei Gesichtspunkte müssen hier genannt werden:

- Im anlagentechnischen Aufbau gibt es an etlichen Stellen Unterschiede (...). Für die vergleichende Risikobetrachtung relevant sind vor allem die Unterschiede in Aufbau und Funktion der Sicherheitseinrichtungen.
- Die Bevölkerungsdichte ist in der BRD erheblich höher als in den USA. Die mittlere Dichte ist etwa elfmal so groß, in der näheren Umgebung von Reaktorstandorten beträgt das Verhältnis noch etwa 3:1.“ (19f)

Kehren wir zurück zum Bericht über den Harrisburg-Störfall. Dieser wirft der NRC bei deren Argumentation vor:

„Da die NRC in vielen Fällen gar keine Informationen aus erster Hand hat, um die Einhaltung ihrer Vorschriften zu erzwingen, ist sie bei ihren Inspektionen und Überprüfungen fast völlig auf die Berichte der Industrie selbst angewiesen. NRC sammelt geradezu Berge an Informationen über die Erfahrungen mit laufenden Kraftwerken. Trotzdem gab es vor dem Unfall keinerlei Systematik in der Auswertung dieser Erfahrungen und keinen systematischen Versuch, Muster zu entwickeln, die als eine Art Warnung bei grundsätzlichen Problemen dienen könnten.

Die NRC ist extrem auf den technischen Bereich orientiert, nicht auf die Menschen. Das beweist der schlecht ausgestattete und unterbesetzte Zweig der NRC, der sich mit der Ausbildung der Reaktorfahrer beschäftigt, das zeigt sich weiterhin darin, daß Inspektoren, die Unfälle untersuchen, sich auf technische Fehler konzentrieren, weniger auf mögliche Fehlhandlungen der Reaktorfahrer, sowie darin, daß man sich kaum mit den Betriebsanweisungen für Reaktorfahrer beschäftigt, und schließlich darin, daß man sich fast überhaupt nicht mit den Wechselwirkungen zwischen Mensch und Maschine befaßt.“ (19g)

Die Vorwürfe hinsichtlich der Nichtbeachtung von Sicherheitsrichtlinien entsprechen in etwa denen, die in der BRD im Zusammenhang mit dem Unfall von Gundremmingen erhoben wurden.

Bekannt wurde im Jahre 1979 in der Öffentlichkeit auch, daß es in den 50er Jahren in der UdSSR einen verheerenden Reaktorunfall gegeben haben muß, über dessen Ausmaß angesichts der Geheimniskrämerei dort nur spekulative Aussagen möglich sind. Außer der UdSSR selbst ist aber auch der westlichen Nuklearindustrie nicht daran gelegen, hier mehr Licht hineinzubringen, da dies eventuell die verbreitete Behauptung, daß „Unglücksfälle in Kernreaktoren, und sogar eine Reaktor-Explosion, (...) als Folge fehlerhafter Inbetriebnahme oder bei einem starken Erdbeben unmöglich (erscheinen)“ (19h), erschüttern und daher das Vertrauen eines ausreichenden Teils der Bevölkerung in diese Technik nicht mehr gegeben sein könnte.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + +

Wendebilanz 3

„Machen wir der Wende ein Ende“ war die zentrale Losung der Partei zu der Aktionswoche des DGB. Diese Losung ist janusgesichtig. Für viele Kollegen mit schlechtem Gedächtnis (ebenso wie für den Genossen U. L.) kam die Wende mit dem Machtantritt der CDU/CSU/FDP-Koalition. Für sie bedeutet diese Losung die Forderung nach Ablösung dieser Regierung. Unter den gegebenen politischen Verhältnissen heißt dies: Ablösung der CDU-geführten Bundesregierung durch eine SPD-geführte Bundesregierung. Eine solche Entwicklung und Begründung der Losung ist Wahlhilfe für die SPD. Dies hat mit eigenständiger kommunistischer Politik wenig zu tun.

Die Losung „Macht der Wende ein Ende“ ist aber auch revolutionär zu entwickeln und zu begründen. Sie richtet sich gegen alle Parteien des Kapitals, einschließlich der Sozialdemokratie, wenn man die Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik von dem Regierungswechsel in Bonn löst und korrekt auf das Jahr 1981 datiert. Das bedeutet nämlich, daß die SPD/FDP-Koalition die Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik begonnen hat und die heutige Regierung dieselbe energisch fortsetzt. Für die Arbeiterbewegung heißt eine solche Interpretation der Losung vom Ende der Wende die Betonung ihrer Selbständigkeit gegenüber allen Parteien des Kapitals.

Die zweite von mir gegebene Interpretation der Losung entspricht der politischen Tradition der Partei. So heißt es z. B. in der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD zu den Bundestagswahlen 1983: „Die Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP verwirklicht in den ersten Monaten ihrer Regierung ... eine Politik, die im wesentlichen schon von der SPD/FDP-Koalition eingeleitet wurde und deren einzelne Maßnahmen auch unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung weitgehend vorstellbar wären.“ Unsere Kritik an dem Programmentwurf des ZK der KPD sowie meine Leserbriefe zu dem Artikel des Genossen U.L. haben die Abwendung von der gerade zitierten Position zum Inhalt. In dem Moment aber, wo man die Sozialdemokratie aus der Verantwortung für die unsoziale Politik der Regierung nimmt, verwandelt sich die Losung „Macht der Wende ein Ende“ in eine direkte Wahlkampfhilfe für die SPD.

Wenn eine große Zahl von Genossen diese reformistische Interpretation der Losung nicht teilt, warum kann sie dann weitgehend kritiklos in den letzten Nummern des Roten Morgen entwickelt werden, findet sie sich in dem Beschluß des Politbüros zu den Herbstaktionen wieder, sowie in dem gemeinsam mit der GIM herausgegebenen Faltblatt zu den DGB-Herbstaktionen? Wem die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber den politischen Parteien des Kapitals am Herzen liegt, der sollte gegen diese schleichende Annäherung an die Sozialdemokratie Front machen.

A. S., Gelsenkirchen

Wallraff was here

2000 wollten Wallraff hören



Die Veranstaltung in Dortmund

Dortmund — Überall, wo Günter Wallraff Lesungen aus seinem Buch „Ganz unten" durchführt, reichen Sitzplätze und Räumlichkeiten nicht aus, um allen Interessierten Platz zu gewähren. Am 30. 10. 85 war Wallraff in Dortmund. Rund 1000 Menschen drängten sich im überfüllten „Begegnungszentrum Nord", während noch etwa genauso viele Menschen vor verschlossenen Türen auf Einlaß warteten.

Günter Wallraff kam direkt von einer Vertrauensleuteversammlung der Duisburger Thyssen-Hütte, auf der 300 Vertrauensleute und 400 weitere Kollegen waren. Über Fernsehen (Live-Schaltung nach Düsseldorf) sollte in Dortmund die zweite Konfrontation mit dem Thyssen-Vorstand stattfinden. Auffallend gegenüber der ersten Konfrontation in der „report"-Sendung: Der Thyssen-Vorstand bestritt seine Verantwortung nicht mehr, sondern versuchte die aufgezeigten Fälle herunterzuspielen, sie zu bagatellisieren. „In jedem Betrieb passieren Pannen", „Überall gibt es schwarze Schafe", „Wir bemühen uns um schnelle Aufklärung, stellen jeden Verstoß ab". Gegen den Wallraff-Vorwurf, Leiharbeit und Verstöße gegen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften würden systematisch zum Zweck der Profitmaximierung betrieben, sprach sich der Thyssen-Vorstandsvorsitzende selbstredend entschieden aus.



Günter Wallraff: „Ganz unten", Verlag Kiepenheuer & Witsch, 254 Seiten mit vielen Bildern, 19,80 DM. (Auch im Versand vom RM-Verlag, Postfach 3005 26, 4600 Dortmund 30).

Die Betriebsratsvorsitzenden der Thyssen-Hütte saßen dem Vorsitzenden zwar zur „Linken", doch wären sie nicht als Betriebsräte vorgestellt worden, jeder hätte sie für Personalchefs gehalten. Sie sind von Wallraffs Enthüllungen ebenfalls direkt betroffen, denn sie haben der Leiharbeit und dem Sklavenhandel zugestimmt, wußten auch über viele Sauereien bescheid, ohne daß sie tätig wurden. „Uns sind die Hände gebunden", auf dieser Argumentationsschiene versuchten sich auch DKP-Betriebsräte von Hoesch zu rechtfertigen, genau wie die „metall-Zeitung", die kommentiert: „Da kann man nur noch auf engagierte Staatsanwälte hoffen."

Daß die „unten" und die „ganz unten" durchaus etwas tun können, demonstrierte der Vertrauensleutesprecher der Thyssen-Hütte. Er wagte nicht nur eine mutige Auseinandersetzung mit dem Vorstands-Vorsitzenden der Thyssen-Hütte („Sie sind ein Lügner!"), er berichtete auch über die Vertrauensleute-Versammlung, auf der sowohl ein Verbot der Leiharbeit gefordert wurde, von Thyssen die Einstellung der Leiharbeiter verlangt wurde und die Kollegen die Ausländerfeindlichkeit auf der Hütte scharf angegriffen haben. — „Das Buch hat einen Umdenkungsprozeß in den Betrieben in Gang gebracht", sagte Günter Wallraff. Das stimmt.

Remmert in Untersuchungshaft

Oberhausen — Nach Berichten der WAZ vom 5. 11. 85 wurde am 4. 11. 85 Alfred Remmert, Chef der Leihfirma, bei der Wallraff gearbeitet hat, verhaftet. Gegen Remmert ermittelt die Staatsanwaltschaft Duisburg, die Steuerfahndung und das Landesarbeitsamt. Der Haftbefehl gegen Remmert wurde wegen Verdunklungs- und Fluchtgefahr erlassen. Hans Vogel, der zweite Sklavenhändler aus Wallraffs Buch, legte ein volles Geständnis ab und wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. „Die Angaben des Zeugen Vogel stehen in Einklang mit den Bekundungen unseres Zeugen Günter Wallraff", erklärte Oberstaatsanwalt Otto. Die Ermittlungen in beiden Fällen dauern an.

In den Tagen zuvor hatten Remmert und Vogel versucht, in die Offensive zu gehen. Beide erstatteten Anzeige gegen Wallraff und das Buch „Ganz unten". Remmert schaffte es sogar, seine Mitarbeiter für eine Solidaritätsdemonstration in Oberhausen zu „mobilisieren" (bestechen? erpressen?) und SPD-Mitglied, Ex-Juso-Vorsitzender aus Emmerich, Vogel, versuchte in der Öffentlichkeit das Bild eines seriösen Geschäftsmannes abzugeben, der gerade jetzt nach Wallraffs Enthüllungen immer mehr Aufträge und Solidarität von Unternehmerseite erfährt. — Vergeblich!

„Ganz unten" als Film

Nachdem das Buch „Ganz unten" auf die Millionen-Auflage zusteuert, befindet sich der Film „Ganz unten" bereits in Vorbereitung. In einigen Wochen ist mit dem Start des 90-Minuten-Kinofilms zu rechnen. Alles, was Wallraff in dem Buch enthüllt, ist hier in Ton und Bild festgehalten: Die Sklavenarbeit bei Thyssen, der Besuch bei Strauß, der Versuch, als Türke in die katholische Kirche aufgenommen zu werden usw. — Denn zum ersten Mal in seiner „Laufbahn" als „Enthüllungsjournalist" hat Wallraff eine versteckte Kamera und ein verstecktes Tonband benutzt, was er beides immer am Körper getragen haben muß ...

Heißer Tip: Sofort nach Ankündigung des Films Kinokarten bestellen!



Mit versteckter Kamera aufgenommen: Sklavenhändler Vogel (r.). Demnächst im Kino

Ob das gutgeht?

WAS HALTEN SIE VON BOYKOTT, MR. BOTHA?



In seiner neuesten Ausgabe nimmt das gewerkschaftliche Jugendmagazin „'ran" mit einer scharfen Karikatur zur Unterstützung des westdeutschen Kapitals für das rassistische Botha-Regime in Südafrika Stellung. Unter der Rubrik „Ran"-dale bildet die Crème de la crème der westdeutschen Kapitalisten die letzte Stütze für Botha. Nachdem bei „'ran" schon öfter Karikaturen, Satiren zum Abschuß von Redakteuren geführt haben, ist wieder was zu befürchten. Oder sollte man aus den vergangenen — ziemlich schlecht bei der Leserschaft angekommenen — Zensurfällen gelernt haben?

Was revolutionär-sozialistische Politik heutzutage alles braucht:

- engagierte Genossinnen und Genossen
- ein revolutionäres (und zutreffendes) Programm
- eine weitblickende Strategie
- eine ausgebuffte Taktik
- eine solide Betriebsverankerung
- eine starke Organisation
- politische Einheit
- etwas mehr kämpferische Solidarität
- keine Fraktionisten

und (unglücklicherweise) auch:

viel echtes Geld!

Spendet auf die Konten der KPD:

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 262438, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474